

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hülsen- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Einzelgenpreis die 6 gepalt. Colonelette für Arbeitslosensuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seltensstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

### Vornehm und gemein.

„Durch nichts unterscheidet sich ein vornehmer Mensch mehr von einem gemeinen, als dadurch, daß seine Gefühle zuverlässig und gerecht, das Ergebnis gerechter Beobachtung und unparteiischen Nachdenkens sind.“

Meist legt man das Prädikat „vornehm“ den Menschen bei, die sich von der Menge abheben durch Rang, Reichtum, Lebensweise, Kleidung, während die Eigenschaft „gewöhnlich“ oder „gemein“ den Menschen der großen Masse im allgemeinen zugeschrieben wird. Echtes Vornehmheit findet sich aber in allen Volksklassen, wie auch „Gemeinheit“ nicht nur in Hütten, sondern auch in Palästen zu finden ist.

Vornehmheit offenbart sich am deutlichsten in zuverlässigen und gerechten Gefühlen, während es alltäglich oder gewöhnlich ist, sich vom Zufall, der Willkür oder der Laune des Geschicks beherrschen zu lassen; heute lobt, was man morgen tadelt und heute lobt was man morgen hasst. Es ist eben nicht Sache des Durchschnittsmenschen, die verschiedenen eigne und fremden Lebenslagen ruhig zu überblicken und vorurteilsfrei zu bedenken. Der Vornehme macht seine äußeren und inneren Augen gründlich auf, und alles, was er übersehen, nimmt er in sich auf, um darüber gründlich nachzudenken, um Wesentliches und Unwesentliches, Wertes und Spreu zu sondern; nach diesem Ergebnis richtet sich seine innere Anteilnahme.

Der gewöhnliche Mensch wird sich von einem Kameraden, dem er bisher gutgetan war, sogleich entzweit abwenden und über ihn eine böse Zunge führen, sobald er von ihm beleidigt wurde oder sobald dieser in Not und Elend gerät. Der Vornehme empfindet wohl die Kränkung; er aber denkt nach, ob sie wohl so böse gemeint war, entschuldigt gerne, wenn er kann; sucht die Ursachen, die den Kameraden ins Unglück führten; nun kommt in seinem Herzen zu kameradschaftlichen Gefühlen noch warmes Verständnis und Mitleid; er verurteilt nicht, sondern urteilt gerecht, darum kann der Kamerad getrost seine Hilfe anprechen, weil sie ihm nicht verweigert wird.

Der Gemeine läßt sich bei unbedenklichen Reden im Vereine zur Begeisterung hinreißen, an anderen Tage ist er wieder nüchtern und kalt, ein unzuverlässiges Vereinsmitglied wie zuvor, der anstatt mitzuarbeiten, am liebsten scharfe Kritik übt, weil er den Verein in seinen Grundideen und in seiner Organisation nicht versteht hat. Der Vornehme ist in seinen Gefühlen dem Vereine gegenüber ruhig und gleichmäßig, aber er kennt ihn genau, ihm entgegen keine fortschrittliche Bestrebung, keine fördernde Leistung; darum wird er auch in stürmischen Zeiten ein treues und zuverlässiges Mitglied sein, auf dessen Mithilfe man rechnen kann.

Innerer Vornehmheit der Gefühle ist zum Teile angeboren, aber sie läßt sich auch erwerben, wenn man die Oberflächlichkeit und Unzuverlässigkeit des Fühlens überwindet durch Schauen und Nachdenken; denn dadurch baut man in sich allmählich eine gerechte und treue Gesinnung.

### „Der Weg zur Macht“.

Kampfhaft ist die Sozialdemokratie bemüht, die Mehrheit in den Parlamenten zu erlangen. Wie die Wähler zu diesem Zweck eingesetzt und verlockt werden, das geht auf keine Kuhhaut. Selbst der alte Feuerkopf August Bebel, dessen Bildnis die gute Stube der Genossen ziert und als „Talisman“ gilt bei Unentwegten und Revisionisten, redet in der Sprache der Diplomaten, um die Partei zum heiligsten Ziele zu führen. In Jena rebete er so, in Zürich wieder ganz anders, und im Reichstag endlich... ja — das waren drei Paar Stiefel.

Auch das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes verübt in seiner Nr. 47 Verrechnungen im Interesse der sog. „Arbeiterpartei“, die nicht unermüdet blättern sollen. Danach ist die Sozialdemokratie ein wahrer Ausbund von Arbeiterfreundlichkeit und ihre Staatskunst ist so wunderbar, daß die Metallarbeiterzeitung den Augenblick nicht abwarten kann, bis sie unter die Fuchtel der blutigen Kosa kommt. Ja, die Metallarbeiterzeitung ist so regierungsfremd geworden, daß sie beispielsweise eine bürgerliche Partei im Bayernlande bewegen in die Volksschlucht schleudert, weil diese sich nicht bedingungslos dem Verkehrsministerium fügen wollte. Auf den Scheiterhaufen mit dieser Partei, brüllt das Blatt des roten Metallarbeiterverbandes. Was mögen die fluchwürdigen Verreiber denn eigentlich angestrebt haben, daß das schwäbische Umschlagpapier auf einmal vor lauter „Regierungsfremdlichkeit“ so außer Rand und Band gerät? Lassen wir das Blatt selbst reden:

„Und wie hat das Zentrum erst mit den Interessen der Staatsarbeiter und Beamten Schindluder getrieben! Ja, im Stellen von Anträgen waren die Herrschaften groß... Und die bayerischen Metallarbeiter haben mit den schwarzen Vorkämpfern noch ein Extrajährchen zu rupfen. Die bayerische Metallindustrie leidet an Mangel an Aufträgen. Durch seine lächerliche parlamentarische Konstruktion hat das Zentrum erreicht, daß große Staatslieferungen für die Eisenbahnen nicht vergeben werden können. Zahlreiche Metallarbeiter, die Brot hätten finden können, müssen arbeitslos auf der Straße liegen. Sie können dazu die „schönen“ Anträge lesen, die das Zentrum aufstellt hat. Weiber werden sie davon nicht satt.“

Wir haben nicht die Absicht, uns in eine politische Diskussion einzulassen; es ist nicht unsere Sache. Feststellen wollten wir nur, daß derjenige, welcher nach obigen Ausführungen noch am „regierungsstreuen“ Charakter des roten Metallarbeiterverbandes zweifelt, komplett verblödet ist.

Die grundsätzlichen Budgetverweigerer und Väter solcher „Anträge, die keine Partei stellen kann“, in der Pose des Moralpredigers! Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht. Kosa verfallte dein Haupt Nautsch mach die Bude zur Internationalen melde den Konkurs an!

Ueberhaupt die Internationale Macdonald verteidigt den englischen Imperialismus. Wandervogel streicht auf den Sprung, belgischer Ministerpräsident zu werden. Viktor Adler will wegen dem Separatismus und dem argentinischen Fleisch auswandern und Konsul in Tripolis werden, die weil die italienischen Genossen die Ehrenalka und Cypern aufstellen: Hoch über dem Ganzen thront die Bawaria und vergießt Kreuzentränen ob solcher roten Schwabensweiche. „Sitzten- knabe, Sitztenknabe...“

Noch das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes bekommt Her-Köpfen nach seinem klugen Mitt. In derselben Nr. ist nämlich folgendes zu lesen:

„An der linken sozialdemokratischen Fraktion des neu gewählten elsass-lothringischen Landtages und an einer hoffentlich ebenfalls recht starken, ihrer mit der Zahl wachsenden Verantwortunglichkeit sich bewußten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion haben sie einen guten Schuß.“

„Daß du die Nase ins Geschick behälst“, würde Daniel Bräutigam sagen. Erst wird den Proletariaten gebrüllt: „Nur sie allein, die „Arbeiterpartei“, wird dich befreien“ und dann hofft man, daß sie es „vielleicht“ tut. — Oder auch nicht! Denn die Tribüne der Parlamente ist für die Genossen nicht da, um praktisch zu arbeiten, sondern um die Wunden am Gesellschafts-Körper offen zu halten. Das Blatt des roten Metallarbeiterverbandes hat Recht mit seinem Urteil. Es graut ihm vor der Macht.

Die nächste Gelegenheit zur Betätigung der „gewachsenen“ roten Verantwortlichkeit ist im Prästentum Schwarzburg-Rudolstadt gegeben. Die Sozialdemokraten haben dort im Parlament die Mehrheit. Sie erzielten unlängst mit etwa 7400 Stimmen 9 Mandate, die Bürgerlichen mit 5200 Stimmen 2 Mandate. Die Genossen haben also auf je 800 Wähler einen Vertreter, während die Bürgerlichen erst auf 2500 einen solchen haben. Darüber spekulieren wir nicht, wie das Blatt des sozialdemokratischen Verbandes sich geschmacklos äußert. Aber gespannt sind wir, was die Genossen ausrichten werden. Viel wird es nicht sein. Recht zutreffend schilbert die „Schwarzburg-Rudolstädter Landeszeitung“ die Situation. Sie schreibt in Nr. 266:

„Die Brust geschwellt, dem Zukunftsstaat im Geist um eine Sprosse näher, beriehen um die Jahreswende neun Volksbeglückter — wenn nicht zehn — unsern Landtag. Minder daß und stumpfe Gedankentüchtigkeit hat ihnen das Instrument der Gesetzgebung in die Hand gegeben, mit dem die Internationale so manches blühende Gemeinwesen in Grund und Boden hinein regiert hat... Weßhalb die Sozialdemokratie schon bisher als Minderheit von sechs Stimmen die Macht, die Tätigkeit des ganzen, aus zehn Mitgliedern der Rechten bestehenden Landtags durch Obstruktion zu verhindern, so hat sie jetzt die Mittel in der Hand, dem Land Gesetze vorzuschreiben und zu beweisen, oder sie das Recht besitzt, das Land aus allen Nöten zu erretten. Nun wird das Glück in Schwarzburg Einzug halten. Freue dich, Volk, und rufe dem Sieger Postanruf! Rot und Feuerung hören jetzt auf; im Rudolstädter Zukunftsstaate werden die Genossen dafür sorgen, daß Frühlingstrost und Sommerdürre unbekannte Gäste werden, daß Mieten, Fleisch und Kartoffeln billig, Steuern und Ausgaben kleiner werden und daß Krankenhäuser, Straßen und Schulen ohne Geld und Schulden entstehen. Auch für das geistige Wohl, die Straflosigkeit bei Verbrechen und für Befriedigung der ethischen Bedürfnisse des Volkes wird gesorgt werden. Das päbagogische Sachverhältnis der Herren Hartmann und Winter wird das Dunkel in den Köpfen der Schulmänner erschellen, die Regierung wird aus der Hölle der Gesetze zur allgemeinen Rechtsauskunftstelle verbannt, die wie ein Winkelkonsulent Gesetzesübertretern väterlich die Wege weist, auf denen sie der Bestrafung entgehen, und die sozialdemokratische Fraktion wird oberster Richter in religiösen und kirchlichen Dingen. Bisher hat die Sozialdemokratie die positive Mitarbeit unter der Begründung verweigert, daß sie doch keinen Einfluß auf den Etat habe und von der Rechten vergewaltigt werde. Nun wird sie selber den Ideal-Stat schaffen und zeigen, wie man der eigenen Ueberzeugung und zugleich der gegnerischen Seite gerecht wird. Es wird ein herrliches Leben werden!“

Die Metallarbeiterzeitung wird hoffentlich die Allgemeinheit auf dem Laufenden halten und die Geldtaten der regierenden Genossen verkünden. Man tut aber gut, seine Erwartungen nicht zu hoch zu schrauben. Nachfolgende Bilder aus der Praxis berechnigen dazu:

In der Stadt Geta ist der Gemeinrat in seiner Mehrheit sozialistisch. Wer nun glaubt, die Geraer Genossen hätten etwas Befwunderes zur Vinderung der Teuerung getan, ist auf dem Holzwege. Nein gar nichts haben sie gemacht, nicht einmal einer der sonst so viel gerühmten Anträge wurde gefleht. Wenn das Können der Genossen bei dieser im Verhältnis zu ihrem großen Mundwerk doch sehr einfacher Frage verjagte, dann gehört schon eine große Portion Freizügigkeit dazu, so braunlos zu behaupten, wie es die Metallarbeiter-

zeitung tut. Uebrigens ist es um die Regierungskunst der roten, sogenannten „Arbeiterpartei“ sehr eigentümlich bestellt. Die „Neue Zeit“, das wissenschaftliche Organ der deutschen Genossen, brante in Nr. 8 vom 24. November 1911 einen Artikel des englischen Sozialistenführers Küssel nach, worin es u. a. heißt:

„In Australien hat die politische Arbeiterbewegung, die vor 18 Jahren entstand, einen Sieg erfochten; die Arbeiterpartei hat das Spiel mitgespielt und gewonnen; sie beherrscht seit April 1910 die Regierung, sie ist die Regierung selbst. Aber sie regiert genau so wie andere Parteien; durch die Stimmen der Arbeiter emporgeschoben, hat sie die Arbeiter in genau derselben Lage gelassen, wie vorher. Die große Ausbeutungsmaschine läuft wie bisher; das einzige was sich geändert hat, ist, daß jetzt die Arbeiterpartei die Posten und Stellen inne hat... Die Arbeiterregierung... ließ Waffenfabriken erbauen, organisierte die nationale Verteidigung und schickte den Ministerpräsidenten mit 18 Parlamentariern zu den Krönungsfesten nach London. Es war befremdend, daß dieser Mann (der soviel Ministerpräsident. Neb.), ein früherer Maschinist, dort in Kniehosen zwischen den Hofruten herumtrottelte... Inzwischen leben die Arbeiter unter dem alten Druck und werden aber Grund eines veralteten Gesetzes über Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten ins Gefängnis gesteckt, wenn sie streiken... von dem heutigen „Minister der Verteidigung“ Parce hörte der Autor vor Jahren die klarste Auseinandersetzung der sozialistischen Grundsätze. Sie glauben an das sozialistische Endziel... und spielen unterdessen das Spiel der Kapitalisten.“

Es gibt ein Land, wo es noch schlimmer ist: Neuseeland. Dort schickte die Arbeiterklasse schon vor 20 Jahren ihre Leute in die Regierung. Jetzt gehen diese Minister als große Männer nach London, der englischen Regierung einen Treuebündnis aus den Taschen des Volkes auszureißen; jetzt ist der Streik als ein Verbrechen bestraft; jetzt befreit die Regierung in ihren Bergwerken die Arbeiter schlimmer als als Private und geht mit den Monopolisten zusammen; jetzt wird das obligatorische Schlichtsgericht von den Unternehmern benutzt, um die Löhne niedrig zu halten, während alle Preise steigen — und zugleich ist das Volk gleichgültig gegen eine revolutionär-sozialistische Agitation und denkt nur an die nächsten Wahlen...“

Die Streikrichter aus der Praxis der sogenannten „Arbeiterpartei“ zeigen, daß die Erenenjunge der Metallarbeiterzeitung aufgelegter Schmutz sind. Wer also nicht unter der Krute der „Arbeiterpartei“ verbluten will, wer nicht wegen Teilnahme am Streik ins Gefängnis wandern will, wer für den Schutz der nationalen Arbeit und für die Freiheit der persönlichen Ueberzeugung ist, der lege den roten Volksbeißern eine Sperklinge in den „Weg zur Macht“. Die Erfahrung bestätigt nur, was vernünftige Leute schon längst wußten, die Macht der Sozialdemokratie besteht lediglich in einem unerschämten mächtigen Mundwerk, die praktische Arbeit überläßt sie getreulich anderen Leuten. Für die christlich-nationalen Arbeiter gibt es darum nur eins: „Gegen die roten Volksbeißer, für Vaterland und Sozialreform!“

### Eingabe der Ortsverwaltung Essen des christlichen Metallarbeiterverbandes an das Direktorium der Firma Friedrich Krupp A. G. Essen-Ruhr

Vor einem Jahrzehnt war unter der Arbeiterschaft der Großeisenindustrie von einer gewerkschaftlichen Organisation noch sehr wenig zu merken. Auch in der Stadt Essen, insbesondere bei den Kruppischen Arbeitern stand es in dieser Hinsicht nicht besser. Mittlerweile aber haben breite Schichten unserer Industriearbeiter durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen eine tarifliche Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt. Die Tarifverträge sind freilich diesen Arbeitern nicht mühelos in den Schoß gefallen: es hat zu deren Eringung ernster gewerkschaftlicher Arbeit und schwerer Opfer bedurft. Die Arbeiter der Großeisenindustrie waren aber nun, einestheils wegen ihrer großen Zahl und anderenteils auch wegen der dort lange Zeit bestandenen sogenannten patriarchalischen Verhältnisse, nur sehr schwer für die gewerkschaftliche Idee zu gewinnen. Waren die Organisationsbestrebungen in der einen oder anderen Form im Bergbau schon Jahrzehnte alt, so waren gewerkschaftliche Bestrebungen in der gesamten Metallindustrie des Ruhrreviers bei der Gründung unseres Verbandes um die Jahrhundertwende noch so gut wie unbekannt.

Erst mit der Gründung einer Ortsgruppe unseres christlichen Metallarbeiterverbandes in Essen, im Mai 1900, wurde auch dort der Gedanke der gewerkschaftlichen Organisation in stärkerem Maße in die Metallarbeiterschaft hineingetragen. Doch blieben die Organisationsbestrebungen hier wie auch anderwärts anfangs noch auf unglückliche Schwierigkeiten. Erst die Beteiligung der bis zum Jahre 1902 in der Schmiede S. S. noch bestandenen Mittagspause brachte es einer größeren Anzahl Kruppischer Arbeiter zum Bewußtsein, daß die früheren patriarchalischen Verhältnisse bei der Firma Krupp geschwunden seien. Von da an datiert ein ziemlich erhebliches Anwachsen der Mitgliederzahlen des christlichen Metallarbeiterverbandes in Essen. Durch ihre feste und unabweisende Tätigkeit

an den einzelnen Arbeitsstellen gelang es unseren Kollegen, manche vorteilhaften Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Kruppischen Arbeiter zu erzielen; viele der früher beklagten Mängel sind durch diese Tätigkeit schon beseitigt worden.

Bisher war aber noch niemals eine gewerkschaftliche Organisation dazu übergegangen, der Firma Krupp in zusammenhängender Form die Wünsche der gesamten Arbeiterchaft zu unterbreiten und ausführlich zu begründen. Es ist vom christlichen Metallarbeiterverband stets anerkannt worden, daß die Verhältnisse der Kruppischen Arbeiter in mancher Beziehung besser sind, wie anderswo. Das schließt aber nicht aus, daß diese Arbeiter noch eine Reihe von Wünschen bezgl. der weiteren Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hegen, die, wie aus der nachfolgend zum Ausdruck kommenden Eingabe hervorgeht, sehr wohl begründet sind.

Die Firma Krupp nimmt in der Großindustrie eine Sonderstellung ein. Kaum eine zweite Großfirma dürfte in so starkem Maße mit Staatsaufträgen bedacht sein. Ebenso wie Staatsbetriebe möglichst Musterbetriebe, insbesondere auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge für ihre Arbeiter und Angestellten sein sollen, verlangt die Allgemeinheit von Firmen, die einen erheblichen Teil ihrer Erzeugnisse für den Staat herstellen, daß sie in stärkerem Maße den Anforderungen unserer heutigen Zeit in bezug auf die rechtliche Stellung und soziale Fürsorge ihrer Arbeiter und Angestellten Rechnung tragen. Diesen Erwägungen hat der deutsche Reichstag bereits im Jahre 1907 durch Annahme einer vom Reichstagsabgeordneten Giesberts (Mitglied unseres christlichen Metallarbeiterverbandes) veranlaßten und begründeten Resolution Rechnung getragen. Eine ähnliche Resolution wurde im Frühjahr 1911 angenommen.

Aus diesen Gründen entschloß sich die Essener Zeitung des christlichen Metallarbeiterverbandes, der Firma Krupp einmal in zusammenhängender Form die hauptsächlichsten Wünsche der Kruppischen Arbeiter in einer Eingabe zu unterbreiten. Sie glaubte dazu umso mehr berechtigt und berufen zu sein, als sie in mehr wie zehnjähriger intensiver gewerkschaftlicher Tätigkeit die Wünsche der Kruppischen Arbeiter erfahren und in vielen einzelnen Eingaben u. zur Kenntnis wenigstens der unteren Organe gebracht hat. Sie war sich dabei der Tragweite ihres Vorgehens wohl bewußt, wenn auch bei der heute leider noch völlig ablehnenden Stellung der Großindustrie den Arbeiterorganisationen gegenüber mit einem Entgegenkommen nicht ohne weiteres rechnen werden konnte. Mitbestimmend war ferner, daß doch einmal der erste Schritt auf dem Wege der Verhängung von Organisationswegen getan werden mußte, dann aber auch, weil die Firma Krupp mit Bezug auf die oben bargelegte Stellung des deutschen Reichstages gegebenenfalls mit Recht hätte behaupten können, daß ihr von Wünschen und Beschwerden ihrer Arbeiterchaft nichts bekannt geworden sei. Nach Erledigung der immerhin erheblichen Vorarbeiten (Sammeln des Materials usw.) richtete die Ortsverwaltung Essen des christlichen Metallarbeiterverbandes am 1. Juli 1911 eine ausführlich begründete Eingabe an das Direktorium der Firma Krupp A.-G., die wir nachfolgend im Wortlaut zur Kenntnis der Öffentlichkeit bringen:

Essen, den 1. Juli 1911.

Die Ortsverwaltung Essen des christlichen Metallarbeiterverbandes, der eine erhebliche, stets steigende Anzahl Arbeiter der Kruppischen Werke in Essen angehört, erlaubt sich einem hochwohlwollenden Direktorium einige Wünsche, betreffend die weitere Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Krupp A.-G. zu Essen, nachstehend ergeben zu unterbreiten. Wir erlauben in eine wohlwollende Prüfung der vorgetragenen Wünsche einzutreten und versichern gleichzeitig, daß es uns lediglich um eine, den veränderten Verhältnissen Rechnung tragende Weiterentwicklung des jetzigen Zustandes zu tun ist.

a) Arbeitszeit.

Die Firma Krupp war seinerzeit wohl eine der ersten Firmen der rheinisch-westfälischen Großindustrie, die an Stelle der elfstündigen die zehnstündige Arbeitszeit für alle nicht ununterbrochenen Betriebe einführte. Seit dem Jahre 1890, wo die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit erfolgte, sind aber nunmehr 21 Jahre verstrichen, in denen die Essener Werke der Firma Krupp eine ganz gewaltige Aufwärtsbewegung zu verzeichnen hatten. Auf beinahe demselben Gebiete, auf dem bei der Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit etwa 15 000 Menschen beschäftigt waren, sind heute rund 36 000 Menschen beschäftigt, das ist eine Zunahme von rund 21 000 oder 140% der damals Beschäftigten. Aus dieser Tatsache resultiert ohne weiteres, daß die Arbeiterzahl sich wesentlich auf einen viel größeren Umkreis verteilt, und deshalb ein großer Teil der Arbeiter von und zur Arbeitsstelle immer weitere Wege zurücklegen muß, was wohl in Zukunft in noch stärkerem Maße der Fall sein wird. Das hat zur Folge, daß immer mehr Arbeiter gezwungen sind (abgesehen von denen, die in ununterbrochenen Betrieben arbeiten), auf das Einnehmen des Mittagessens im Kreise ihrer Familie zu verzichten und dasselbe in den Speisräumen oder auch in der Werkstätte selbst einzunehmen. Durch diesen Umstand dürfte für manchen Arbeiter die Mittagspause recht problematischer Natur werden. Gewiß soll nicht verkannt werden, daß durch die Übernahme des Betriebes der Speisetransportwagen in eigene Regie der Firma manche früheren Mängel beseitigt sind. Doch dürfte bei der fortwährenden Entwicklung keinerlei Zweifel darüber bestehen, daß dies nur ein Vorbehalt und das erstrebenswerte Ziel sein muß, jeden Arbeiter seine Hauptmacht im Familienkreise einnehmen zu lassen.

Zur Erreichung dieses Zieles ist schon der Vorschlag ungenügend, die Mittagspause auf zwei Stunden zu verlängern. Dieser Weg dürfte unseres Erachtens einen vollbefriedigenden Erfolg für alle Arbeiter oder wenigstens den größten Teil derselben nicht haben. Denn selbst bei der zehnstündigen Mittagspause würde es einem großen Teile der Arbeiter, z. B. den weitab und auswärts wohnenden, nicht möglich sein, nach Hause zu gehen. Dann würde aber auch diese Lösung für die Firma eine nicht unerhebliche Verteuerung des Betriebes bedeuten, volkswirtschaftlich also von Nachteil sein. Demgegenüber erlauben wir uns, einen anderen Vorschlag zu machen und zwar: die sogenannte „englische“ d. h. ununterbrochene Arbeitszeit, die in den Betrieben Geschloßhütte, Eisen- und Messinggießerei und Modellhüttenerei schon von alters her besteht, allgemein einzuführen. Der erste Vorteil für die Firma sowohl wie für die Arbeiter, wäre hierbei die einheitliche Gestaltung der Arbeitszeit

für alle Betriebe, ein Vorteil, der gewiß nicht zu unterschätzen ist; zweitens würde hierdurch erreicht, daß bei der Arbeit die beste Tagesbeleuchtung von 12-1/2 Uhr ausgeht, was der Produktivität der Arbeiterkraft nur förderlich sein kann; drittens würde eine erhebliche Verbilligung der Betriebskosten durch Verringerung der Ausgaben für Licht, Bewachung usw. erzielt, dieser Weg also volkswirtschaftlich durchaus vorteilhaft sein; viertens würde es den Arbeitern ermöglicht, weiter von der Fabrik liegende Wohnungen zu mieten, weil der Weg von und zur Arbeitsstelle nur noch zweimal zurückgelegt werden müßte, was einmal vom gesundheitlichen und hygienischen Standpunkt aus zu begrüßen wäre und ferner eine unbillige Steigerung der Mietpreise bei in der Nähe der Fabrik gelegenen Wohnungen verhindern könnte. Ein weiterer, nicht zu unterschätzender Vorteil einer derartigen Regelung würde in der Förderung des Familienlebens liegen und in der den Arbeitern erwachsenden größeren Möglichkeit, sich mehr der Erziehung ihrer Kinder zu widmen. Während bei der heutigen Regelung diejenigen Väter, die mittags nicht nach Hause gehen können, ihre Kinder im Winter vielfach nur schlafen zu lassen bekommen und so auf die Erziehung ihrer Kinder herzlich wenig Einfluß ausüben können, würde ihnen dies bei der vorgeschlagenen Regelung in höherem Maße möglich sein. Gerade in der heutigen Zeit, wo allgemein über Schwächen des Familienlebens und über eine zunehmende Verrohung der Jugend geklagt wird, dürfte eine Neuordnung der Arbeitszeit von ungeheurer Bedeutung sein, die eine Stärkung des Familienlebens im Gefolge hat und es den Arbeitern ermöglicht, die Sorge um die Erziehung der Kinder nicht nur den Frauen zu überlassen. Jedenfalls würde hierdurch das oben bereits als erstrebenswert bezeichnete Ziel erreicht, daß möglichst alle Arbeiter im Kreise ihrer Familie die Hauptmahlzeit, wenn auch zu einem etwas späteren Zeitpunkt wie bisher, einnehmen könnten. In Verbindung damit würde auch die Frage des ungeteilten Schulunterrichts, die hier in Essen schon vor einigen Jahren ernsthaft erörtert wurde, spruchreif werden. Die bereits in der Presse erörterten größeren Eingemeindungspläne unserer Vaterstadt Essen dürften auch etwaige städtische Bedenken beseitigen. Eine weitere Ausgestaltung der Verkehrsrichtungen wäre allerdings notwendig. Auch jetzt lassen ja die Arbeiterfahrkarten sowohl der Staats- wie der Straßenbahnen nur eine zweimalige tägliche Benutzung, je einmal zur Hin- und Rückfahrt zu, daß hier Änderungen sich nicht ergeben würden. Außer den bereits erwähnten Vorteilen für den Betrieb würde noch der Wegfall der den Arbeitern bei Beginn der Nachmittagsarbeit eingeräumten 5 Minuten der Produktion und damit dem Betrieb zu gute kommen.

Diese Vorteile sind so erheblich, daß gleichzeitig mit der Einführung der ununterbrochenen Arbeitszeit ohne Schädigung des Betriebes eine Verkürzung der Arbeitszeit in Kraft treten könnte. Wir erlauben uns deshalb in Vorschlag zu bringen, die Firma Krupp möge künftighin bald eine anderweitige Regelung der Arbeitszeit für die nicht kontinuierlichen Betriebe in Kraft treten lassen und zwar derart, daß die Tagelöhner von morgens 6 bis nachmittags 4 Uhr mit zwei viertelstündigen Pausen um 8 und 12 Uhr, die Nachtschicht dagegen von nachmittags 4 bis nachts 2 Uhr mit ebenfalls zwei viertelstündigen Pausen. Die mit dieser Regelung verbundene Verkürzung der Arbeitszeit dürfte für den Betrieb nicht einmal eine halbe Stunde ausmachen, weil, wie oben bereits bargelegt, die 5 Minuten und außerdem das zweimalige Aus- und Angehen in Fortfall kommen. Bei der bedeutend gesteigerten Intensivität der Arbeit dürfte aber eine Arbeitszeitverkürzung durchaus angebracht sein. Die damit verbundene anderweitige Regelung der Nachtschicht würde wohl von allen beteiligten Arbeitern durchaus angenehm empfunden, weil dadurch viele, der mit der heutigen Regelung verbundenen, häufiger beklagten Mängel erheblich herabgemindert würden.

In beklagen bleibt allerdings dann noch, daß damit eine Verbesserung für diejenigen Arbeiter, die eine Verkürzung der Arbeitszeit am allerwenigsten hätten, nicht eintreten würde. Wir denken an die Feuerarbeiter, die nun schon seit beinahe einem Vierteljahrhundert, seit der Zeit, wo für die übrige Arbeiterschaft der Feinstundentag eingeführt wurde, eine um 2 Stunden längere Arbeitszeit auszuhalten müssen, trotzdem wohl alle darüber einig sind, daß an die Arbeitskraft dieser Arbeiter durchweg höhere Anforderungen gestellt werden wie an die der übrigen Arbeiter. Dazu kommt noch, daß die Räume, in denen die Feuerarbeiter beschäftigt sind, in gesundheitlicher und hygienischer Hinsicht viel mehr zu wünschen übrig lassen, wie die Arbeitsstätten, besonders die neueren, der übrigen Arbeiter. Die Firma Krupp hat ja die Schwere und Gesundheitsgefährlichkeit der Feuerarbeit selbst dadurch anerkannt, daß sie in das Statut der Pensionskasse die Bestimmung aufnahm, daß die Feuerarbeiter bereits nach 15 Dienstjahren pensionserfähig sind, während dies bei den übrigen Arbeitern erst nach 20 Jahren der Fall ist. Wir verkennen durchaus nicht die Schwierigkeiten, die einer durchgreifenden Regelung der Arbeitszeit in ununterbrochenen Betrieben im Wege stehen. Der Tag von 24 Stunden läßt sich ja nur durch 2 oder 3 teilen. Während sonst eine allmähliche Verkürzung der Arbeitszeit Platz greifen kann, ist bei den Feuerarbeiten nur der Sprung von 12 auf 8 Stunden möglich. Wir sind aber der Ansicht, daß bei der Schwere der Feuerarbeit die Arbeitskraft des Einzelnen in 8 Stunden vollständig ausgenutzt wird. Die bei Einführung der Achtstundenschicht bestimmt zu erwartende größere Produktivität des Einzelnen und damit des ganzen Betriebes würde einen großen Teil der von der Firma zu leistenden Aufwandsleistungen an Arbeitslohn wieder ausgleichen. Weiter würde durch die größere Arbeitsfreudigkeit und Frische bei der Arbeit die Unfallhäufigkeit, die nach den Feststellungen der Gewerbeaufsichtsbeamten samstags am größten ist, herabgeführt und dadurch die Aufwendungen der Firma für die Unfallversicherung ebenfalls herabgemindert. Wir sind aus all diesen Gründen der Ansicht, daß es gerade einer so leistungsfähigen Firma, wie der Gustafshütte Fr. Krupp, deren Verdienste um die Arbeitsbeschäftigung wir durchaus anerkennen, zum Ruhme gereichen würde, wenn sie auf dem Gebiete der Einführung der Achtstundenschicht für die Feuerarbeiter bahnbrechend vorgehen würde. So, wie die Firma eine der ersten größeren Unternehmungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet war, die den Feinstundentag einführte, würde es der Tradition der Firma entsprechen, wenn sie jetzt als die erste dazu überging, für die Feuerarbeiter die Achtstundenschicht einzuführen. Sie würde sich dadurch den Dank aller wahren Arbeiterfreunde erwerben.

(Fortsetzung folgt.)

Eine Lanze für die Gelben zu brechen

versucht neuerdings die bekannte Firma F. C. Bellingier, Enallierwerk in Juba, in einem Rundschreiben an die hochw. Geistlichkeit, datiert vom 22. November 1911. Diese Firma hat vor einiger Zeit für ihre Arbeiter einen gelben Werkverein gegründet und sucht diesen nun mit allen Mitteln zur „Blüte“ zu bringen. Diefem Zweck soll auch das Rundschreiben an die Geistlichkeit dienen. „Seitens der christlichen Gewerkschaften“, so heißt es darin, „soll überhaupt worden sein, der Endzweck des Werkvereins bestesse darin, die Arbeiterchaft religiös indifferent und politisch abhängig zu machen.“ Diese und andere Behauptungen bezeichnet die Firma in dem Rundschreiben als „Verdächtigungen“ und als „elende und nichtsnutzige Verleumdungen“. Nach ihr und ihrem Rundschreiben sollen sich „christliche und sozialdemokratische Gewerkschaften im Kampfe kaum voneinander unterscheiden und weitgehende politische Interessen nicht unrecht haben, wenn sie die christlichen Gewerkschaften als Vorläufer der sozialdemokratischen Gewerkschaften betrachten.“ Die von Gewerkschaftsvertretern ausgesprochene Behauptung, die Firma „wolle der Arbeiterchaft das Koalitionsrecht beschneiden oder gar nehmen“, wird bestritten und darauf hingewiesen, daß im § 2 der Satzungen des Werkvereins die religiösen und politischen Freiheiten der Mitglieder unseres Werkvereins gewährleistet seien.

Ganz recht! Nach § 2 der Satzungen gilt als oberster Grundsatz desselben, daß er seinen Mitgliedern in religiöser und politischer Hinsicht die vollkommenste Freiheit gewährt, aber schon § 3 der Satzungen bestimmt, daß die Mitglieder des Werkvereins „weber einer sozialdemokratischen, noch einer anderen Arbeiterorganisation als Mitglieder angehören“ dürfen. Wo bleibt denn da das politische Recht, das gesetzlich gewährleistete Recht der Mitglieder, sich nach § 152 der Reichsgewerbeordnung zum Besuche der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zusammenzuschließen? Können die „gelben“ Werkvereine als Vereinigungen im Sinne des § 152 der G.-O. angesehen werden? Wenn ja, dann fragen wir: Wann und wo hat denn jemals ein „gelber Werkverein“ einen Finger gerührt, um für seine Mitglieder günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen? Man kann darum im Ernste gar nicht bestreiten, daß schon durch die Bestimmung im § 3 der Satzungen des Werkvereins den Mitgliedern das gesetzlich gewährleistete Recht der freien Vereinigung tatsächlich verknümmert wird. Diese Bestimmung im gelben Werkvereinsstatut verstößt gegen die guten Sitten und aus diesem Grunde könnte die Firma F. C. Bellingier ohne Einholung der gesetzlichen Genehmigung entlassen, der bei seiner Aufnahme in den Werkverein etwa seine Zugehörigkeit zu einer anderen Arbeiterorganisation verheimlicht hätte.

Und wenn der „gelbe“ Werkverein eine wirklich neutral Organisation sein will, die den Mitgliedern „in religiöser und politischer Hinsicht die vollkommenste Freiheit gewährleistet“, wie kommt es dann, daß andere „gelbe“ Werkvereine, die ganz genau dieselbe Bestimmung von der Gewerkschaft der religiösen und politischen Freiheiten in ihr Statut aufgenommen haben, trotz dieser Bestimmung in ihren Vereinssatzungen diese Freiheiten der Mitglieder nicht achten und nicht respektieren? Der Burbacher „gelbe“ Sittensverein z. B. zwingt seinen Mitgliedern ein von der Sülte abhängiges, durch und durch arbeitserfeindliches Presseorgan, den „Saarbrücker Volksanzeiger“ auf. Und die Burbacher Sülte hat ihren Arbeitern ein von ihr für gut befundenes Werkvereinsstatut — eingehändig. Ein Mitbestimmungsrecht bei der Ausarbeitung der Satzungen „gelber“ Werkvereine wird den Arbeitern, auch in Juba bei F. C. Bellingier, nicht eingeräumt. Das Vereinsstatut des Burbacher Sittensvereins sieht dem Statut des Werkvereins der bekannten Fuldaer Firma auch sonst genau so ähnlich, wie ein Ei dem andern. So steht in Wirklichkeit die Gewerkschaft religiöser und politischer Freiheiten durch gelbe Werkvereine aus.

Den Hinweis in dem fraglichen Rundschreiben auf die „Tradition“ der Firma, „die schon genug Gewähr bietet dafür, daß die politischen und religiösen Freiheiten der Werkvereinsmitglieder gewahrt würden“, hätte die Firma sich schon aus dem Grunde eriparen können, weil derselbe Herr, der das Rundschreiben an die geistlichen Herren unterzeichnete, es war, der noch vor einigen Jahren mit anderen Parteifreunden einen gewissen Wastlauf unterzeichnete, der der Geistlichkeit eher die Gewähr für etwas anderes bieten dürfte.

„Weitgehende politische Interessen nicht ganz unrecht haben, wenn sie lediglich die christlichen Gewerkschaften als Vorläufer der sozialdemokratischen Gewerkschaften betrachten“, so schreibt die Firma Bellingier. Wir erlauben uns demgegenüber die Frage: Warum hat die Firma F. C. Bellingier in ihrem Rundschreiben diese „weisheitlichen“ Politiker nicht mit Namen angeführt? Wir wären gespannt, die „Weitgehenden“ kennen zu lernen. Wir wollen heute von den christlichen Sozialpolitikern, die alle ausnahmslos von den Gelben nicht das mindeste wissen wollen, gar nicht reden, sondern die bekannte Firma nur daran erinnern, daß es weitgehende liberale Politiker gibt, die sich wiederholt recht abfällig über die gelben Werkvereine geäußert haben. Wir empfehlen der bekannten Firma u. a. recht warm das Studium einer Abhandlung über die „Gelben“, die der liberale Reichstagsabgeordnete und Kommerzienrat Franz von Hammer für das Arbeiterfahrbuch der „Hilfe“ 1909 geschrieben hat. Und vielleicht wird die bekannte Firma, wenn sie sich nun doch einmal ernstlich dem Studium der sozialen und besonders der brennend gewordenen Arbeiterfrage widmet, recht bald herausfinden, daß die christlichen Gewerkschaften sich auch u. a. insofern von den sozialdemokratischen Gewerkschaften unterscheiden, als die christlichen Gewerkschaften nur die Wünsche an der heutigen Wirtschaftsordnung bekämpfen, während die Sozialdemokratie mit den eng verbundenen „freien“ Gewerkschaften auf den Sturz der Kapitalistenklasse, auf den Sturz nicht nur allein der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sondern der gesamten bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung hinarbeiten.

Um „den derzeitigen Zustand sowohl in politischer, als auch in religiöser Hinsicht bei der Arbeiterchaft erhalten zu sehen“, wie es schon in dem fraglichen Rundschreiben heißt, hätte es nicht erst der Gründung eines „gelben“ Werkvereins bedurft. Es sind bis jetzt schon weit über zwei Millionen deutscher Arbeiter organisiert, und die christlich-nationale Arbeiterbewegung ist heute schon so erpärnt, daß sie in vielen Fällen Uebergriffe sozialdemokratischer Uebermutes hintanhalten kann. Jedenfalls darf man ihr das Zeugnis ausstellen, daß sie die Interessen der Arbeiter nach jeder Richtung hin in besonnenen Weise wahrnimmt. Aber die Leute, die gegen jede und wenn auch noch so berechnigte Aufwärts-

Bewegung der Arbeiter anknüpfen und die heute die Sozialdemokratie überwinden wollen durch ein fast- und kraftloses „gelbes“ Gebilde, die wollen den Teufel durch Beschwörung austreiben.

Um die Sozialdemokratie und die Übergriffe ihrer Helfershelfer erfolgreich zu bekämpfen, bedarf es einer anderen Macht auf sicherer Grundlage mit festen Prinzipien. Die „gelbe“ Macht ist dazu ganz und gar nicht geeignet. Mit der Rückführung von Angehörigen und Reichern in seinen gelben Vereinen aber bindet sich das Unternehmertum selbst die Rute. Der sie schließlich auf seinen Rücken tanzen läßt, ist die Sozialdemokratie. Dies wäre ja an sich weiter nicht schlimm, wenn nicht schwere Schäden für unser deutsches Kultur- und Wirtschaftsleben durch dieses „Spiel“ nicht weitblickender Unternehmer heraufbeschworen werden könnten. Deshalb kann es für einen christlichen Arbeiter und für jeden weitblickenden Politiker nur eines geben: Kampf dem gelben Stump!

„Genosse Schmol“, seine „Grundsätze“ und seine „Erfolge“.

Er ist ein patenter Kerl, unser „Genosse Schmol“, ein Mann mit „Grundsätzen“, der da kann schreiben bald recht, bald links — und daher immer „recht“ hat; so behauptet er wenigstens selber. Wie der berühmte „Hans Dampf“, so ist auch der Genosse Schmol „in allen Gassen“ zu Hause und sucht in der Pose des Sachkenners bei allem und jedem sein „Recht“ an den Mann zu bringen. Was schadet, wenn er da im Eifer auch mal daneben haut — er gibt sich drum heileide keine Wähe; schon wegen der „Grundsätze“. Aber Genosse Schmol redet nicht nur — er schreibt auch häufig daneben — und das sogar in seinem führenden Haupt- und Weltblatt „Vorwärts“. Aber, wie gesagt, was schadet das? Genosse Schmol hat „Recht“! er hat überhaupt immer „Recht“, — „das ergibt sich aus seinen Grundsätzen“.

Man lese nur einmal nach, was „Genosse“ Max Schippel im zweiten Novemberheft der „Sozialistischen Monatshefte“ über „Marxoffragen in der Sozialdemokratie“ zu berichten weiß und man wird Schippel zugeben müssen, daß Genosse Schmol bei dieser Gelegenheit seinen Befähigungsnachweis mit einer Bravour erbracht hat, die bislang wohl einzig in der Geschichte der Sippe der Schmols aller Jahrhunderte da steht. — Monatslang haben unsere Genossen für den Weltfrieden demonstriert, namentlich die „friedensfördernde“ deutsche Regierung dabei an den öffentlichen Feuertischen teilgenommen und sie „volksrechtlich“ betari geklärt, daß man sich schier wundern muß, wie sie es überhaupt übersehen konnte. Man braucht ja nur an Schmols Mitgliebruder vom „Vorwärts“, den Genossen Dümmig zu erinnern — und Genosse Schmol hatte „Recht“. Wer nicht ganz; die christlich-nationale Arbeiterklasse klopfte ihm in einer öffentlichen Erklärung auf die Finger. Schmol aber wußte sich wieder zu helfen: Auf dem Jenaer Parteitag haßte er — auf Grund seiner „Grundsätze“ — vorzüglich zurück — und „redete“ und „hatte wieder „Recht“. Wiederum nicht ganz. — Wie hatte er nicht gewittert gegen die „absolutistischen“ Mäxten der Kriegsanzeitschriften der Regierung und kategorisch die Einberufung des Reichstages verlangt, um der verantwortlichen aller Regierungen ihre schändlichen Handwerke zu legen? Und als nun endlich wirklich der Reichstag zusammentrat, da — ja da burste schließlich der Abgeordnete Boffermann widerstandslos einfliegen: „Der einzige freundliche Kritiker (des Regierungskabinetts in der Marxoffangelegenheit) war Herr B e c k e l —“ Nun sage noch einer, daß Genosse Schmol nicht „recht“ hatte, wenn er in der „Bergischen Arbeiterstimme“ selbstbewußt schrieb:

„Unsere Stellung zu dem Marxoffabkommen ergibt sich schon aus unseren Grundsätzen, und die Urteile darüber sind denn auch völlig einheitlich.“

Ja, auf die Grundsätze ihres Genossen Schmol darf die sozialdemokratische Presse „Stolz“ sein. Aus diesen „Grundsätzen“ heraus zog Schmol im „Vorwärts“ zu Ehren des zurückgetretenen weitblickenden charakterfesten Herrn von Rindow vom Kolonialamt gegen den „Botschaftsdirektor“ niedriger Sorte, von Ribben, und gegen den Reichsaussenminister vom Leber. Er ließ sich als „Sachkennner“ also vernehmen:

„Die Herren von Bethmann und Rindow sind selbstherrliche Autokraten, ihre Politik für das deutsche Volk eine Schandtat des Himmels, wie Pest oder Leuzerung. . . Sie haben eine so miserable Politik gemacht, daß es nicht länger mit der politischen Ehre verträglich war einer solchen Regierung anzugehören. Deshalb der Rücktritt. . . Es war ein Mann von Charakter darunter. . . Die Herren von Bethmann und Ribben-Wächter haben die Desorganisation (der besten Reichsämter) vollendet. Sie haben im Inneren und namentlich im Äußeren eine selbstherrliche Politik gemacht, welche sich in geringsten um die Leiter der Reichsämter oder die Botschaftler zu kümmern.“

Wer Genosse Schmol kann auch anders; jührten ihn seine „Grundsätze“, wie wir es im Vorstehenden sahen, in die Reihen der „Hintermänner“ des geschiedenen Herrn vom Reichskolonialamt, so änderten sie ihn doch auch keineswegs zwei oder drei Tage nachher im selben „Vorwärts“ genau das Gegenteil in just derselben Angelegenheit zu vertreten. Genosse Schmol streift da sich und sein „Hintermänner“ nämlich also:

„Die Agitation der Hintermänner des Herrn von Rindow geht gerade dahin, das Spezialressort über das größere Allgemeine zu stellen. Sie greifen die Regierung bestiegen an, weil sie das Kolonialamt bei den Verhandlungen mit dem Vertreter Frankreichs nur als Sachverständigen herangezogen hat. . . Welche dem Tag, wo die auswärtige Politik Deutschlands vom Kolonialamt gemacht oder geleitet würde! Das aber ist es gerade, worauf die jetzige Agitation unserer Nationalisten (! — und Schmols eigene von vorgestern? A. Reb.) hinausläuft.“

Man braucht wirklich nur die beiden vorstehenden Leistungen Schmols im „Vorwärts“ miteinander zu vergleichen, um neidlos vor solchen „Grundsätzen“ die Waffen zu strecken. Wahrhaftig, „Genosse“ Max Schippel hat den Nagel auf den Kopf getroffen, wenn er ob dieser Leistung dem „Vorwärts“ und seinem Sachkennner Schmol ein „Wehe dem eigenen vorgelegten Tag!“ zuruft und spottet: „Giampietro, der vielbesungene Verwundungskünstler, der in rasend raschem Szenen- und Kostümwechsel nach geschlossener Untat sich selber verfolgt, verblüht, fängt und hängt, ist ein stümperhafter Waisenknecht gegen solche Sterne an unserm radikalen Vorkämpfer. Und noch all dem, was geschah und täglich neu geschieht, bleibt die „Bergische Arbeiterstimme“ ruhig bei ihrem gut konservativen Glaubenssprüchlein: „Nähere Stellung.“ — Der Spott ist bitter, aber reichlich verdient. Dies bebauerlich

ist es aber, daß sich noch so ungenügend viele aus unserer deutschen Arbeiterschaft von „solchen Sternen“, die da am roten „Reichshimmel“ „grundtätig“ Kreuz und Quer herumtagabwandern, von der so notwendigen positiven Arbeit ablenken lassen.

Nach den geschiedenen Leistungen Schmols sollte man es kaum für möglich halten, daß er in der „freien“ Gewerkschafts-Presse, die doch angeklagt die praktische Gewerkschaftsarbeit fördernd unterstützen soll, Heimatrecht genießt. Aber das ist der Tat der Fall. Man vergleiche nur einmal die letzten Nummern der „freien“ Metallarbeiterzeitung. Da glänzt Schmol wieder mit seinen „Grundsätzen“ und zieht gegen „die Rückständigkeit der Reichsverfassung“ zu Felde. Aber auch die Hamburger, Solinger u. Syndikalistischen „Grundsätze“. Und so fallen denn auch hier wieder „die Urteile völlig einheitlich“ aus — nur mit dem kleinen Unterschiede, daß Schmol in der Metallarbeiterzeitung kein gutes Haar an der Reichsverfassung läßt und die Syndikalistischen kein solches an der Verfassung des „deutschen“ sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Ja, die Solinger Genossen behaupten sogar: „Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband sei das beste auf gewerkschaftlichem Gebiet, was das Dreiklassenparlament auf politischem.“ (Siehe „Der Eisenarbeiter“ 48/1911.) Züthwahr, Genosse Schmol ist ein Genie, zumal wenn man ausgerechnet im Organ des „deutschen“ Metallarbeiterverbandes „die Rückständigkeit der Reichsverfassung“ behandelt! Panneboel-Zwischenhausen und seine Hamburger werden diese Leistung „grundtätig“ zu würdigen wissen.

Au der Unterweser machen die Genossen ja schon in Punkt „Verfassungsänderung“ die Probe aufs Exempel. Vorerst gilt der Kampf freilich der Verfassung der „freien“ Zentralverbände. Triumphierend weiß die syndikalistische „Einigkeit“ Nr. 48/11 zu melden:

„Sämtliche Schiffszimmerer, Schiffbauer und Schiffbauhelfer versammelten am Dienstag, den 21. 11. morgens 9 1/2 Uhr die Seebische Wert; selbst die Unorganisierten erklärten sich solidarisch. Das war ein erhebender Akt der Selbsthilfe. Das nennt man „direkte Aktion“, das ist ein Kampfmittel aus dem Arsenal der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften.“

Dann spottet das syndikalistische Blatt über das dortige sozialdemokratische Organ, das ob des Vorganges die Sprache verlor, die Genossen mit den Reichstagswahlen, dem Tag der Rache, tröste und schreie dann mit einem deutlichen Wink an die „freien“ Gewerkschaftsführer: „... einstweilen werden unsere an dem Kampfe beteiligten Genossen ein wachjames Auge haben, damit nicht gewisse schmutzige Hände eingreifen und ihr Unwesen treiben.“

Wie man sieht, hat Genosse Schmol auch auf gewerkschaftlichem Gebiete schon „Erfolge“ zu verzeichnen, wie sie sich der Feind der Arbeiterschaft nicht besser wünschen kann. Die „frei-gewerkschaftlich-sozialdemokratische“ Beschreibung ist also bereits soweit gediehen, daß die Vertreter der roten grundsätzlichen Grundlosigkeit mit ihren, für das oberste schiedsgerichtlichen Schiedsamt zugewiesenen Phrasen hier wie dort ungeschindert die Köpfe der Massen berechnen können, zum Schaden der ganzen Arbeiterschaft überhaupt. „Wir haben geschwiegen im Interesse der Einheit, wir haben uns prägen lassen.“ „Man hat versucht, in der Parteipresse, in Versammlungen in ganz systematischer Weise die Massen gegen die Führer der Gewerkschaften aufzuheben.“ „Man hat offiziell zum Zersplitterung aufgefordert.“ „Es lagten „freie“ Gewerkschaftsführer schon über ihre sozialistische Regierung vor nunmehr fast sechs Jahren. Sie klagten über „Führertritte ins Kreuz“, die sie von der Sozialdemokratie erhalten — aber statt auch nur einen Finger zu rühren, die ihnen von den Mitgliedern anvertraute Sache der Gewerkschaften von dem verberberbringenden roten Koch zu befreien, trübten sie mit Ueberlegung ihre Massen in die rote Furde und ließen die Füße die sie getreten. Heiße Verräter an der großen Sache der deutschen Arbeiterschaft! Wir müssen unserm Bruderorgan, dem „Hofarbeiter“ beipflichten, wenn er im Einverständnis auf den feigen Verrat der „freien“ Gewerkschaften an die Feindin der Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie, meint: Wenn der große Spötter Heinrich Heine noch lebte, er würde vom Herrgott für die „freien“ Gewerkschaftsführer auch das „Wachsen von Schwänzen“ erbitten, damit ihre Schweifwedeln vor den roten Parteigenossen auch dem gumtütigsten Menschen erkennbar wäre.“

Für den denkenden Teil der deutschen Arbeiterschaft gibt es nach alledem heute nur eins: Kampf der durch und durch verlogenen, volks- und arbeitersinnlichen Sozialdemokratie und ihren Helfershelfern! Tatkräftige und opferbereite Werkarbeit für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung!

Die Unparteiischen in den tariflichen Institutionen.

Eine wichtige Institution in dem im Januar d. J. gebildeten Zentralschiedsgerichte für das Baugewerbe stellen die drei Unparteiischen dar, die zusammen mit den sechs Vertretern der Zentralorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer — auch der christliche Verband ist beteiligt — dieses Gericht bilden. Dem Vorstehenden des Buchdruckerartikels hat sich jedoch noch herausgestellt, daß durch das Fehlen eines Unparteiischen die christliche Organisation, der Gutenbergsbund, vollständig aus den tariflichen Institutionen ausgeschaltet wurde. Der Buchdruckerartikels kennt nämlich einen Unparteiischen in den Schiedsgerichten, dem Tarifanspruch usw., nicht. Die Arbeitgeber beauftragten bei der Tarifrevision, die Entscheidung über die Zulassung des Gutenbergsbundes einem Schiedsgericht zu überweisen, das zusammengesetzt sein sollte aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern unter dem Vorsitz eines Unparteiischen. Die Vertreter des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes lehnten diesen Antrag ab und bewiesen damit, daß ihr Urteil vor einem unparteiischen Schiedsgericht nicht bestehen kann.

Jeder Sozialpolitiker wird die Einrichtung beim Zentralschiedsgerichte der Bauarbeiter begrüßen und demselben die weitgehendste Unterstützung wünschen. Von bürgerlichen Sozialpolitikern wurden auch schon wiederholt ähnliche Wünsche im Reichstag zur Sprache gebracht. Erinnert sei hier an die Anregung, eine Zentralstelle für Tarifverträge zu schaffen. Der „Korrespondenz“, das Organ des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes, meinte wohl, es stehe in der Relation ein berechtigter Kern, von dem zu wünschen wäre, daß er die auf ihn gesetzten Hoffnungen erfülle, feste aber gleichzeitig hinzu: „ohne Anlaß zu Konjunkturalen prinzipieller Art zu geben, deren Tragweite und Konsequenzen so ohne weiteres nicht zu übersehen wären.“ In diesem Satze erkennt man die Angst des „freien“ Buchdruckerverbandes, daß es noch

so weit kommen könne, daß auch beim deutschen Buchdruckerartikels Unparteiische mitwirken. Er weiß, daß dann manches anders würde und der von ihm vertretene Sachstandpunkt und Terrorismus gegen christlich-nationale Arbeiter ein Ende hätte.

Die Tariforganisationen vieler anderen Gewerbe sichern sich zumindere wirklich unparteiische Vorsitzende. Die Baugewerbe und das Schneidgewerbe suchen möglichst Unparteiische als Unparteiische zu gewinnen. Desgleichen sieht das Malergewerbe Unparteiische vor. Außerdem sind mehrere Organisationen sozialdemokratische, christliche, Hiesiger (Tandereche) am Abschlusse der Tarife beteiligt. Nach dieser Richtung ist also der Buchdruckerartikels, den man so lange als Vorbild gepriesen, längst von anderen überholt. Gewiß war die Bewunderung des Buchdruckerartikels, als er noch das einzige Gebilde dieser Art im gewerblichen Leben Deutschlands war, verständlich. Aber die laute Bewunderung überfah zu leicht die Mängel. Und diese erkennt man von Tag zu Tag mehr.

Der hohen getätigte Wunsch des Tarifs hat gezeigt, daß das Fehlen eines Unparteiischen ein Hauptmangel und es auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand ist, die christliche Organisation, die dieselben Pflichten hat, aus den Tarifinstanzen als gleichberechtigten Faktor fernzuhalten und dem sozialdemokratischen Buchdruckerverbande das Monopol einzuräumen.

Aus der Arbeiterbewegung.

Die christliche Arbeiterbewegung im Volksganzen.

Innig verschiedene Klassen in der Gesellschaft sich bilden, das ist natürlich und zum gesellschaftlichen Wohl; aber daß sie sich grundtätig bekämpfen, ist verderblich. Gewerbe so wohl als das Volk müssen sich als Einheit fühlen. Das aber ist, was unserer Kultur abgeht. In der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung liegt es nicht, wenn dieses Ideal noch fortwähret. Die sozialdemokratische Gewerkschaft kann man von Schuld nicht freisprechen. Sie treibt den Teufel mit Beschwörung aus. Dem Klassenegoismus der besitzenden und herrschenden Klassen stellt sie den Klassenkampf des Proletariats entgegen. Soll das Proletariat auch verkehrte Wege gehen, weil andere vor ihm sie gegangen sind? Die christliche Arbeiterbewegung lehnt diesen Krieg ohne Ende ab. Sie arbeitet mit ehelichem Optimismus an der Verjüngung der Klassen und an dem Siegesfühlen unseres Volkes, sie hat auf Grund dessen aber auch eine berechtigte Kulturforderung an die übrigen Klassen, an die besitzenden und intellektuellen. Gebt Raum für die Mitarbeit der Arbeiterklassen zunächst im Gewerbe, dann aber auch in Gesellschaft und Staat! In schweren Tagen Deutschlands, nach den Befreiungskriegen vor 100 Jahren, haben große Staatsmänner erkannt, daß durch die Freiheit und Selbständigkeit des Bauernstandes die Ergiebigkeit der Arbeit gefördert, die Gesundheit des Volks gehoben, die Volkshaus vermehrt und das Staatswohl gesichert werden müsse. Bedarf unser Staat nicht auch heute der freudigen Mitarbeit der Gesamtheit, nicht zuletzt der nach Millionen zählenden Arbeitermassen, wenn er wirtschaftlich und politisch auch nur gesichert bestehen will, geschweige denn, wenn er voran kommen soll im Weltkampfe der Völker? Darum rüft die Kulturforderung der Arbeiterbewegung: Gebt dem Arbeiter rückhaltlos das Mitbestimmungsrecht über seine Erfindungsfragen, gebt es ihm nicht bloß auf dem Papier und in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Wann finden sich die Staatsmänner die im wohlverstandenen Interesse unseres Vaterlandes diesem Gedanken zum Durchbruch helfen? Wann werden die Führer unserer Industrie die Hand dazu bieten, harte Zusammenarbeit in ein frohgemutes Einsetzen der Arbeitskräfte zum Wohle des Gewerbes und der Gesamtheit umzuwandeln? Die Zeit muß und wird kommen, die auf diesem Wege die Würde der Arbeit zur Geltung bringt, und mit ihr die wahre Kultur. (Jahrbuch der christl. Gewerkschaften 1912.)

Von einem „christlichen“ Terrorismusfall

weil die sozialdemokratische Presse triumphierend zu berichten, sie glaubt Mitschuldige gefunden zu haben. In Wien, so wird in einem häufig abgedruckten roten Paszettel mitgeteilt, hätten 16 christlich-organisierte Bauarbeiter einen sozialdemokratischen Verbändler broilos machen wollen und zu diesem Zweck die Arbeit niedergelegt. Wie liegt die Sache? Es stimmt, daß auf einer Baustelle in Wienstein christliche Bauarbeiter sich geweigert haben, mit einem Sozialdemokraten zusammen zu arbeiten, angeblich weil sie provoziert und beschimpft worden seien, auch daß sie sich dazu hinsetzen ließen, nach dem berüchtigten Muster sozialdemokratischer Agitationsmethoden die Arbeit niederzulegen. Die verantwortliche Leitung des christlichen Bauarbeiterverbandes trifft jedoch hieran keine Schuld, sie hat das Verhalten der betr. Mitglieder verurteilt und ist sofort dagegen eingeschritten. Wie die „Baugewerkschaft“, das Organ des christlichen Bauarbeiterverbandes (Nr. 48/1911) mitteilt, sind sie vor die Entscheidung gestellt worden: „entweder sie nehmen sofort die Arbeit wieder auf und arbeiten mit den Betreffenden zusammen, oder sie schließen sich aus der Organisation aus.“ — „Wir sind der sicheren Ueberzeugung“, bemerkt die Baugewerkschaft treffend, „würden alle sozialdemokratischen Verbände so handeln, würde das einen heilsamen Umsturz herbeiführen. Aber wo haben wir das zu bezeichnen?“

Das ist in der Tat der springende Punkt. Die brutale Gewalttätigkeit der Sozialdemokraten wird von ihren verantwortlichen Instanzen nicht etwa verurteilt, sondern abgeleugnet, verteidigt, bejährt, ist sogar direkt gutgeheißen und damit zu weiteren Übergriffen angereizt. Nur so ist es zu erklären, daß das Terrorismuskapitel kein Ende nimmt und den Scharfmachern stets neues Material gegen die Agitationsfreiheit geliefert wird. Der Wienheimer „christliche Terrorismusfall“ eignet sich also ganz und gar nicht dazu, gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung auszusprechen zu werden.

Ein nichtsmutige Verleumdung.

In Konstanz ist vor mehreren Wochen ein sozialdemokratisch organisierter Bauarbeiter Kurzer des nachts auf dem Dachstuhlweg von zwei Wegelagerern überfallen und mit Messern übel zugerichtet worden. Einer der Missetäter soll dabei gerufen haben: „Zehet verred, du roter Hund“. Die sozialdemokratische Presse hat die Sache weidlich auszunutzen versucht. Auch die „Metallarbeiterzeitung“ konnte sich natürlich diesen Spalten nicht entziehen lassen und bringt die Missetätergeschichte in Nr. 47 unter der Stichmarke „Christlicher“ Terrorismus. In einem durch die roten Blätter gelaufenen Paszettel heißt es u. a.:

Der obige Ausdruck, der den Messerkechtern wohl nur ganz unbewußt entfiel, läßt es als sicher erscheinen, daß man es mit dem planmäßigen Ueberfall christlich-organisierter Arbeiter zu tun hat.

Andere rote Blätter haben die christlichen Gewerkschaften nicht als die Schuldigen bezeichnet. Das ist eine aus der Luft gegriffene Behauptung, die von den christlichen Gewerkschaften als nichtsmäßige Verleumdung mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen wird.

Das Gegenteil von Solidarität

Wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaften in der Regel da, wo christliche Arbeiter um eine Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfen. Einige bezeichnende Beispiele dafür aus letzter Zeit.

Bei der Firma M. Rijarky, Gebetsbüchcherfabrik in M. Obdach haben sich die fast ausschließlich christlich organisierten Goldschmittmacher zwecks Abwehr von Verschlechterungen gezwungen, in den Streik zu treten.

Eine überaus traurige Rolle ist von sozialdemokratischer Seite bei der letzten Strafenbahnerbewegung in Saarbrücken gespielt worden. Während der Bewegung erschienen in der sozialdemokratischen Pfälzischen Post wiederholt gehässige Angriffe gegen die christliche Organisation, den Staats- und Gemeindearbeiterverband, worin jedesmal von dem „Verband mit den 70 000 Mark Schulden“ gefolgt wurde.

Eine ähnliche „Solidarität“ gedachten sozialdemokratische Verbände bei einer Strafenbahnerbewegung in Hamburg zu spielen. Als hier die christlich organisierten Strafenbahner ausgesperrt werden sollten, und von Seiten der Betriebsleitung die Kündigung erfolgt war, erklärten sich sozialdemokratisch organisierte Depotarbeiter desselben Betriebes bereit, im Falle der Aussperrung an die Stellen der ausgesperrten christlichen Strafenbahner zu treten.

Gewerkschaften von Unternehmerquaden

Der so ähnlich war ein Artikel überschrieben, der kürzlich die Kunde durch den sozialdemokratischen Witterwals machte. Darin wurde behauptet, daß „bei der Gründung des christlichen Gewerkschaftssekretariats in Schwerin von seinen christlichen Gewerkschaften an zahlreiche Arbeitgeber“ ein Bittbrief zwecks finanzieller Beihilfe verfaßt worden sei.

Handlöhner.

Der Verein Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller läßt zum Sturm. Sein Generalsekretär Herr Bredt forderte in der letzten Vorstandssitzung nach der „Köln. Zeitung“ die Verlängerung der Bekanntmachung des Reichslänglers über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Walz- und Hammer-

werken vom 27. Mai 1902 in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Juni 1906. Nach den ausführlichen Darlegungen in Nr. 41 unseres Organs erwidert sich ein Eingehen auf die sachliche Seite dieses Scharfmachertums nicht.

In dieselbe Kerbe ließ besaglich der Bundesratsverordnung betreffend den Betrieb der Anlagen der Großindustriellen Herr Dr. Lind-Düsselhorf. Nach ihm sind die Angaben der Gewerbeaufsicht über das Ueberstundenumwesen verfehlt. In dem mageren Bericht der „R. Z.“ heißt es dazu: „Es wurde beschlossen, die bereits eingeleiteten Erhebungen fortzusetzen und auf Grund genauerer Einzelheiten zuzulängigen Orts die Notwendigkeit einer den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Berechnung darzulegen.“

Das geradezu niederschmetternde Resultat des Jahres 1910 verleiht aufschneidend den Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller zu den gewagtesten Tugungen. Und er hat Ursache dazu. Nächst dem Vorjahre in Preußen und Böhmen 92 000 Hütten- und Walzwerkarbeiter 20 Millionen Ueberstunden machen.

Von den Hüttenarbeitern, — die bekanntlich alle 14 Tage des Sonntags eine 24stündige Wechsellage arbeiten müssen — haben 6719 insgesamt 1/2 Millionen Ueberstunden geleistet. Auf jeden treffen 213, das sind 18 Schichten à 12 Stunden, welche noch zu den 365 Arbeitstagen des Jahres hinzukommen.

Handelskammern und Angestellte. Die bayerische Regierung erließ im Jahre 1908 eine Verordnung, wodurch an den Handelskammern Ausschüsse für kaufmännische und technische Angestellte errichtet wurden.

Die unterzeichneten Kaufmännischen und technischen Vereine erblicken in dem Gesellenauschuss bei der Handelskammer eine durchaus ungeeignete Interessenvertretung. Infolge des Uebergewichts der selbstständigen Kaufleute in der Kammer (30 Prinzipale gegen 14 Gesellen) ist es dem Angestellten-Ausschuss unmöglich gemacht, wirksam und erfolgreich die Wünsche seiner Auftraggeber erfüllen zu können.

Ueber die Lage der Drahtindustrie machte der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Düsseldorfer Eisen- und Drahtindustrie in der letzten Generalversammlung bemerkenswerte Eröffnungen. Die kölnische Volkszeitung berichtet darüber: „Besüglich der Auslichten bemerkte Herr Klöcker, daß die Drahtverfeinerungs-Werke, wie schon im Geschäftsbericht mitgeteilt worden sei, unter den Folgen des Auseinandergehens der für diese Erzeugnisse bestehenden Vereinigung zu leiden haben: traurig sei es, daß es infolge des grundsätzlichen Widerstandes zweier Werke unmöglich sei, die Vereinigung, welche im großen und ganzen segensreich gewirkt habe, wieder ins Leben zu rufen.“

Aus der Metallindustrie. Die Gutehoffnungshütte erzielte einen Reingewinn von 7 051 000 M., welcher folgendermaßen verteilt wird: 20 Proz. Dividende = 6 000 000 M., Sonderrücklage 822 300 M., Aufgebaltklaffen-Hilfsrücklage 50 000 M., Vortrag 179 429 M.

Der Vorstand der Rheinischen Automobilgesellschaft in Remscheid ergab nach 37 000 M. Abschreibungen einen Reingewinn von 410 000 M. zur folgenden Verwendung: Rücklage 200 000 M., 13 Proz. Dividende = 260 000 M., Gewinnanteile und Wohnungen 90 000 M., und Vortrag 39 000 M.

Aus der Metallindustrie. Die Gutehoffnungshütte erzielte einen Reingewinn von 7 051 000 M., welcher folgendermaßen verteilt wird: 20 Proz. Dividende = 6 000 000 M., Sonderrücklage 822 300 M., Aufgebaltklaffen-Hilfsrücklage 50 000 M., Vortrag 179 429 M.

Wohnungen 17 789 M., Unterhaltungsbestand 1000 M., Ausschussrat 9652 M., 8 Proz. Dividende gleich 80 000 M. und Vortrag 17 256 M. — Das Geschäftsjahr 1910/11 erlachte den Untertanen Gengsternberg in Bielefeld einen Herstellungsgewinn von 618 387 M.

Eine neue Fusion. Bekanntlich eröffnete die Westfälische Union in Hamm durch ihren Anschluß an den Phönix den Verschmelzungsverein in der Drahtindustrie. Am 1. Juni wurde die Interessengemeinschaft der Westfälischen Drahtindustrie in Hamm mit Krupp besiegelt. Jetzt ist auch das letzte der großen reinen Drahtwerke Westfalens dem Zuge der Zeit gefolgt.

Das Ende vom Lied. Die „freien“ Gewerkschaften haben sich, wie allgemein bekannt ist, mit Haut und Haaren der Sozialdemokratie verschrieben. Freie Gewerkschaftsgelber fließen in Strömen in die sozialdemokratischen Wahlklassen und die Mitgliederversammlungen sind Lummelplätze für die sozialistische Wahlagitation.

„Verosse Kainbach referierte über das Thema: Die Krankenversicherung nach dem neuen Reichsversicherungs-gesetz in ausführlicher Weise. Nach einer eingehenden Würdigung und Erläuterung der Bestimmungen dieses Gesetzes bemerkte Redner am Schlusse seiner Ausführungen: Das Zustandekommen eines solch reaktionären Gesetzes zeigt wiederum, wie notwendig es ist, die reaktionäre Mehrheit des Reichstages zu erschrecken durch Männer, welche vernünftige Ansichten vertreten.“

Nach diesem Vorgange konnten sich die Hamburger „freien“ Metallarbeiter selbstverständlich auch nicht lumpen lassen. Nach einem Bericht desselben roten Blattes sprach dort Genosse Scheibemann in einer stark besuchten Metallarbeiterversammlung über Reichstagswahl und die Gewerkschaften. Mit welchem Erfolge zeigt der Schluß des Berichtes, wo es als heißt:

„Ausschender Beifall ward dem Redner für seine anfeuernden Worte zuteil. Die Versammlung beschloß darauf 10 000 M. aus der Lokalkasse dem Parteivorstand in Berlin für Wahlzwecke zu überweisen. Voll hoher Begeisterung ging die Versammlung nach einem Hoch auf die Sozialdemokratie auseinander.“

Wir waren daher nicht wenig verwundert, als wir uns der letzten Nr. des sozialdemokratischen „Korrespondenzblattes“ der „frei-gewerkschaftlichen“ Zentralkommission saßen, daß das Blatt nicht damit einverstanden ist, wenn den sozialdemokratischen Wahlklassen „freie“ Gewerkschaftsgelber überwiesen werden.

„Andererseits ist es auch bisher nicht Ablich gewesen, den Wahlkampf der Partei aus Gewerkschaftsmitteln zu finanzieren, obgleich es wohl vereinzelt vorgekommen sein mag, daß einzelne Passanten eines Verbandes oder ein Kartell eine kleine Summe gezeichnet hat.“

„Andererseits ist es auch bisher nicht Ablich gewesen, den Wahlkampf der Partei aus Gewerkschaftsmitteln zu finanzieren, obgleich es wohl vereinzelt vorgekommen sein mag, daß einzelne Passanten eines Verbandes oder ein Kartell eine kleine Summe gezeichnet hat.“

Nachdem der Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter und verwandter Berufsgeoffenen, Zahlstelle Dresden, dem sozialdemokratischen Reichstagswahlfonds einen Betrag von 500 Mark überwiesen und damit zu erkennen gegeben hat, daß er eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt, betrachtet die kgl. Polizeidirektion diesen Verein als politischen Verein im Sinne des § 3 des Reichsvereinsgesetzes.

„Andererseits ist es auch bisher nicht Ablich gewesen, den Wahlkampf der Partei aus Gewerkschaftsmitteln zu finanzieren, obgleich es wohl vereinzelt vorgekommen sein mag, daß einzelne Passanten eines Verbandes oder ein Kartell eine kleine Summe gezeichnet hat.“

„Andererseits ist es auch bisher nicht Ablich gewesen, den Wahlkampf der Partei aus Gewerkschaftsmitteln zu finanzieren, obgleich es wohl vereinzelt vorgekommen sein mag, daß einzelne Passanten eines Verbandes oder ein Kartell eine kleine Summe gezeichnet hat.“

„Andererseits ist es auch bisher nicht Ablich gewesen, den Wahlkampf der Partei aus Gewerkschaftsmitteln zu finanzieren, obgleich es wohl vereinzelt vorgekommen sein mag, daß einzelne Passanten eines Verbandes oder ein Kartell eine kleine Summe gezeichnet hat.“

auch die Westdeutsche Arbeiterzeitung, den Bergknappen, das Rentblatt u. hervorhebt. In folgender, ihr anscheinend unangenehm duftenden Blume aber hat die Dortmund. „Arbeiterzeitung“ vorbelgerochen:

„Die sozialdemokratischen allgemein politischen Tagesblätter in Dortmund, Essen, Bochum, Düsseldorf und Elberfeld nehmen an Verbreitung stetig zu. Einzelne, voran das Düsseldorf. Organ, haben sich auch zu namhaften Anzeigenblättern entwickelt. Da werden in vielen Rubriken von Anzeigen auf mehreren Seiten für Sonntag die Lokale empfohlen, in denen das Langbein geschwungen, preisgeleitet oder die verschiedensten Formen des Alkohols genossen werden. Die Mahnung im reaktionären Teil: „Reibet den Schnaps! Ihr bereichert nur die Junker! Wird in derselben Nummer durch die Anpreisung verschiedener Liköre, besonders guten alten Korn, totgeschlagen.“ Den ersten Satz bringt das sozialdemokratische Blatt. Der Rest wird unterschlagen. Dies Beispiel sozialdemokratischer Bittkunst zeigt einmal wieder, wie hahneshähnchen die Genossen die Wahrheit mißhandeln.“

Von der roten Internationale. Die deutsche Sozialdemokratie geht mit allen Mitteln gegen jedes nationale und vaterländische Empfinden. Im Falle eines Krieges ist sie mit dem Generalfreiwort und noch Schlimmerem. Ebenso sind die deutschen Genossen gegen die nationale Wehr. „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“, lautet ihr Wahlspruch. Zur gleichen Zeit erklärt der englische Sozialistenführer Macdonald im Parlament, im Falle es zum Krieg gekommen sei, hätten ihm die englischen Sozialisten unterstützt. In Belgien machte der Abgeordnete Trochet, ein ehemaliger Nachbeder, der Regierung den Vorwurf, sie tue nicht genug für die Landesverteidigung. Ist es nicht eine Ironie, wenn ein internationaler Sozialdemokrat im Namen der Sozialdemokratie die Armeeverordnung anfragt, sie sei nicht militärisch genug? In Milwaukee haben die Sozialdemokraten das Recht der Regierung in der Hand. Wie der „Edin. Volkszeitung“ geschrieben wird, herrscht dort der Sozialist Berger unumschränkt. „In seiner Hand liegen die Fäden der Parteibewegung zusammen; nichts konnte ohne seine Zustimmung getan werden. Wer ihm nicht blinde Herfolge in allem leistete oder an seinem Programm etwas auszusetzen wagte, wer den Bergerschen Stil persönlicher Verunglimpfung und Berdächtigung mißbilligte, dem wurde Brot, Amt und Stellung genommen und ein Besinnungsgehosse reinsten Wassers trat an seine Stelle. Keiner, der zu Amt und Würden gekommenen Getreuen wagte zu mutzen oder eine eigene Meinung zu haben — er wäre geflohen. Und jetzt, obwohl noch kein Jahr im Volkbesitz der Macht, beginnt bereits die sozialdemokratische Partei Milwaukee abzuwirtschaften; ihr Programm auszuführen, fehlt ihnen die Kraft und Fähigkeit; nicht die Hälfte der gegebenen Versprechungen kann auch nur einigermaßen eingelöst werden; die „Partei des sozialen Friedens“ erweist sich als durchaus intolerant...“

In der Bevölkerung herrscht über die sozialdemokratische Mißwirtschaft, die jetzt ins dritte Jahr geht, ein einziger Entrüstungsschrei, hervorgerufen durch das unerklärliche Anwachsen der Steuern. Im ersten Jahre haben die Sozialisten etwa zwei Millionen Mark mehr aus, um die Regierungsmaschine im Gang zu halten, als die Kosten im vorangegangenen Jahre ausmachten. Das für das zweite Rechnungsjahr veranschlagte Budget verlangt eine Mehrausgabe von 3 600 000 M. Eine Erhöhung dieses Anwachsens des städtischen Haushaltsbudgets hat die sozialistische Verwaltung nicht gegeben.“

Trotz all dieser schmachtvollen Dokumente wird man in Deutschland weiter schwindeln von der völkerverhetzenden Kraft der roten Internationale. Arme Lören, die an den roten Schwindel glauben.

Sozialdemokratische Lebensauffassung. In Paris hat sich der Sozialistenführer Lafargue mit seiner Frau, einer Tochter von Karl Marx, vergiftet. In einem Briefe an seinen Neffen, den Genossen Douquet, schrieb Lafargue: „Gesund an Körper und Geist töte ich mich, bevor noch das unerbittliche Alter mir ein Vergnügen und eine Lebensfreude nach der anderen raubt, mir meine körperlichen und geistigen Kräfte genommen und meinen Willen gebrochen hat. Seit Jahren habe ich mir vorgenommen, die 70 Jahre nicht zu überschreiten. Ich sterbe mit der hohen Freude, daß in einer nahe Zukunft die Sache triumphieren wird, der ich mich seit 45 Jahren gewidmet habe. Es lebe der Kommunismus! Es lebe der internationale Sozialismus!“

Der Selbstmörder galt als ein sehr reicher Mann, und soll über sein Vermögen recht sorgfältige testamentarische Bestimmungen getroffen haben. Im Vorwärtswort widmet Karl Lautsly dem Selbstmörderpaar einen Nachruf, worin es zum Schluß heißt: „Schmerzhaft werden wir die beiden vermissen, als Freunde, als Kameraden, als Lehrer. Und doch, so hart der Schlag, liegt ein verhängendes und erhebendes Moment in der stolzen Art, in der sie dem Tode wie dem Leben in gleicher Weise ihre Verachtung bezugten. Keine schmerzliche Erinnerungen an Siedtum, an Verfall, an Sensilität trübt das Andenken an sie. Nur mit freudigen, erhebenden Einbilden ist unsere Erinnerung an sie verbunden, sie sind wirklich in Schönheit gestorben, um so schöner, weil ohne jede Pose, so einfach und schlicht, so wahr und groß, wie sie gelebt.“

Krafter kann die geistige Armlosigkeit des Sozialismus wohl kaum dargestellt werden. Wenn die Kräfte verjagen, dann ist der einzige Trost der feige Selbstmord.

**Twistringen.** Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgebrochen. Zutug von Metallarbeitern aller Branchen und Tischlern ist streng fernzuhalten.

**Solingen-Paun.** Bei der Firma Hofeiny & Co., Maschinenfabrik sind wegen Maßregelung Differenzen ausgebrochen. Zutug von Schlossern, Hoblern, Fräsern und Bohren ist fernzuhalten.

**Berlin.** Die Berliner Former und Eisengießereiarbeiter stehen im Streik. Zutug ist fernzuhalten.

**Gevelsberg.** Die Arbeiter der Firma Gebr. Schirhoff, Werkzeugfabrik, stehen zwecks Besetzung von Maschinen und Durchführung einer Lohnerhöhung im Streik.

**Langenwehe-Schönthal.** Bei der Firma Karl Schlicher & Söhne, Nadelfabrik, sind Differenzen ausgebrochen. Zutug von Nablern ist streng fernzuhalten.

**Saumburg.** Die Elektriker stehen im Streik. Zutug fernzuhalten.

**Schwelmer.** Bei der Firma Schwelmer-Rattinger Maschinenbau-Aktiengesellschaft sind Differenzen ausgebrochen. Zutug von Eisenbrechern, Hoblern, Fräsern u. ist streng fernzuhalten.

**Krefeld.** Sämtliche Gießereiarbeiter der Firma Schrörs stehen im Streik. Zutug ist streng fernzuhalten.

**Trier.** Wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrags sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner- und Installationsbranche gesperrt. Zutreffende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hohenstraße 12 zu melden.

**Hamm i. Westf.** Bei der Firma Kerkmann stehen die Schleifer in einer Bewegung. Zutug ist streng fernzuhalten.

**Barmen-Elberfeld.** Der Kampf zur Verkürzung der Arbeitszeit ist beendet.

**Bekanntmachung.** Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 10. Dezember 1911 der fünfzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. bis 16. Dezember 1911 fällig.

Die Ortsverwaltung Insohlstadt erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von wöchentlich 10 Pf. ab 1. Januar 1912. Die Nichtbezahlung dieser Beiträge hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

**Aus dem Verbandsgebiet.**

**Hannover-Wülfen** Am 4. November hielt unsere Ortsgruppe eine außerordentliche Generalversammlung ab, welche sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen hatte. Zunächst wurden die notwendig gewordenen Wahlen getätigt. In die Stelle des von hier verzoogenen 1. Vorsitzenden wurde Kollege Zeise berufen und Kollege von Bennigsen zum Kartelldelegierten gewählt. Sodann ergriff Kollege P. Hart-Hannover das Wort zu seinem Referat über unsere nächsten Aufgaben. Einleitend schilderte Redner die großartige Entwicklung der deutschen Industrie in den letzten Jahrzehnten und die dadurch hervorgerufenen Veränderungen auf sozialem Gebiete. Mächtigen Arbeitgeberorganisationen sehe die Arbeiterchaft heute gegenüber und müsse deshalb mit aller Macht auch die Stärkung ihrer Organisationen betreiben, wenn sie ihre berechtigten Ansprüche in Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses zur Geltung bringen wolle. Im Hinblick auf den roten Terror aber hätten die christlich-national geklunnten Arbeiter und besonders auch wir Metallarbeiter noch einen weiteren Grund, unablässig für die Stärkung und Ausbreitung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes tätig zu sein. Redner schloß mit einem Appell an die Kollegen, sich in Punkt D Opferwilligkeit und Arbeitsfreudigkeit für unsere gute Sache von keiner Seite übertrieben zu lassen.

Nach einer anregenden Diskussion faßten die Kollegen einstimmig den Beschluß, ab 1. Januar 1912 einen wöchentlichen Lokalbeitrag von 20 Pf. zu erheben. Zum Schluß wurde dann noch eine Agitationskommission gewählt; 6 eifrige Kollegen melbten sich hierzu freiwillig.

Kollegen von Wülfen und Döhren! Jetzt gilt es, die in der Versammlung gefaßten Beschlüsse auch in die Tat umzusetzen. Wir waren tätig! Raschen wäre für uns gleichbedeutend mit roffen. Darum vorwärts; mit frischem Mut, mit jäher Ausdauer an die Arbeit. Der Erfolg wird dann nicht fehlen.

**Menden.** Augenblicklich hat sich das Schöffengericht Menden in seinen allwöchentlichen Sitzungen mit Vorkängen zu befassen, die als unliebsame Begleiterscheinungen der im zurückliegenden Sommer stattgefundenen Streiks bei den Firmen Schmölde u. Co. und Neuwahlwerk angesehen werden müssen. Die Streikenden hatten sich verschiedentlich die Freiheit genommen, denselben Weg zu gehen, den auch die Arbeitswilligen gingen oder auch hin und wieder vor den letzteren den Hut abzunehmen und sie mit den Worten „Guten Tag, Herr Arbeitswilliger“ zu begrüßen. Darin haben „Rindige“ Polizeibeamte, welche schon während der Streiks die Streikenden in nicht gerade liebenswürdiger Weise behandelten, zuerst ein Vergehen gegen den § 360 Abs. 11 des Strafgesetzbuches (groben Unfug) erblickt. Es sei dahingestellt, ob hier auch der Grundsatz „Was man nicht definieren kann, sieht man als groben Unfug an“, zur Geltung kam. Aber auffallender Weise wurden diese Strafverfügungen, deren annähernd 100 im Verlaufe des Streiks auf Neuwahlwerk gegen Streikende erlassen wurden, nachdem gerichtliche Entscheidung seitens der Arbeiter beantragt war, zurückgezogen. Der Staatsanwalt nahm aber gleichzeitig Veranlassung, hierin ein Vergehen gegen den § 153 der R.-G.-O. zu erblicken und gegen verschiedene Tugend der am Streik beteiligten Arbeiter ein diesbezügliches Verfahren anhängig zu machen. Das Schöffengericht Menden hat bereits in seiner Sitzung vom 14. Sept. d. J. gegen 20 Angeklagte Strafen von 3 Tagen bis 4 Wochen Gefängnis ausgesprochen. In einer Reihe weiterer Termine ebenfalls solche von 1 Tag bis 1 Woche Gefängnis.

Man soll es wirklich nicht für möglich halten, daß solch geringfügige Sachen mit Gefängnisstrafen geahndet werden können, besonders wenn man bedenkt, daß während der ganzen Streikbewegung aber auch nicht einem einzigen der

Streikbrecher nur ein Haar gekrümmt wurde. Im Gegenteil, es muß hervorgehoben werden, daß auf Seiten der Streikenden außerordentliche Ruhe jederzeit beobachtet wurde. Der Staatsanwalt scheint sogar belanglose Verurteilungen Streikender oder auch organisierter Arbeiter, welche auf Streikbrecher bezogen werden können, für Vergehen gegen den § 153 zu halten. Weiter ist merkwürdig, daß fast bei jedem Urteil, bei dem das Schöffengericht Menden die Angeklagten freisprach, der Vertreter der Anklage Berufung einlegte und hierbei sogar als Begründung hervorhob, daß der Angeklagte „organisiert“ sei. Hier muß der Late sich unwillkürlich an den Kopf greifen, ob denn die Tatsache, daß ein Arbeiter organisiert ist, einen Grund für die Verurteilung abgibt? Wie wir hören, soll außer dem bereits anhängig gemachten Fällen noch über 50 Arbeiter ein Verfahren gegen den § 153 der R.-G.-O. eingeleitet werden, weil sie, wie schon oben erwähnt, Arbeitswillige „begleitet“ haben.

Es hat sogar den Anschein, als ob es Leute gebe, denen es ein Vergnügen ist, solche Fälle jetzt noch nachträglich der Behörde zur Anzeige zu bringen, um damit ihren Haß gegen den christlichen Metallarbeiterverband und seine Mitglieder zu bestreiden. Sämtliche Verurteilte haben Berufung eingelegt und wird sich demnach die Strafkammer sagen mit der Sache zu befassen haben. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dieselbe eine andere Ansicht über die Begleitung Arbeitswilliger vertreten, zumal ja auch eine ganze Reihe von Urteilen anderer Gerichte und höherer Instanzen sich dahin aussprechen, daß eine bloße Begleitung Arbeitswilliger kein Vergehen gegen den § 153 der R.-G.-O. bilde.

**Königsblüte D.S.** Wer sich zurzeit die sozialdemokratische Presse, insbesondere auch die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ etwas genauer ansieht, bem fällt unwillkürlich ihre frappante Ähnlichkeit mit jenem Pharisäer auf, der sich bereits großspurig vorne in den Tempel hinsetzte und heuchlerisch ausrief: „Ich danke dir, daß ich nicht bin wie die übrigen Menschen...“ So finden sich in der Nr. 47 des genannten roten Metallarbeiterorgans zwei Artikel, in denen von „christlichem Terrorismus“ und „heftiger christlicher Rache“ die Rede ist. Obwohl nun nicht einmal der Schatten eines Beweises dafür vorliegt, daß diejenigen, die den Genossen zu nahe getreten, christlich organisierte Arbeiter waren, sucht die velle — ephrische Metallarbeiterzeitung es ihren Gläubigen doch so hinzustellen. Warum wohl? — Nun, die Genossen brauchen eben „christliche“ Sündenböcke, denn die zahlreichen Fälle von rotem Terrorismus, Denunziationen, Verleumdungen u., die die christliche Gewerkschaftspresse gestunngenermaßen öffentlich brandmarkten muß, werden den Genossen höllisch unbehagen.

Daß die rote Presse aber viel besser täte, vor der eigenen Tür zu fegen, als „christliche Denunzianten“ und „Terroristen“ zu erwidern, wollen wir ihr gleich an zwei Fällen beweisen. Es handelt sich hierbei nicht einmal um Laten simpler oder Mitglieder, sondern um solche eines Vertrauensmannes und eines Gewerkschaftsbeamten. Als die Mitglieder unseres Verbandes in Nikolai am 22. Oktober d. J. in einem Lokale zu einer Sitzung zusammentraten, wurde das von dem Vertrauensmann R. des sozialdemokratischen Verbandes auspropiert. Dieser Genosse trat dann am folgenden Tage an die Leute heran mit der Drohung, er werde sie bei der Polizei denunzieren, wenn sie nicht aus dem christlichen Verbands austräten. Und diese, kaum für die gewerkschaftliche Sache gewonnenen oberflächlichen Arbeiter ließen sich tafschlich von dem Genossen einschüchtern und traten aus dem Verbands aus. Das war eine rote Feilstat, auf die allenfalls ein Vertrauensmann des „Deutschen“ Metallarbeiterverbandes stolz sein kann.

Den zweiten Fall kann die phantasiebegabte Metallarbeiterzeitung in Nr. 46 des Organs des christlichen Malerverbandes nachlesen. Da hat der sozialdemokratische Beamte Dittmann aus Deuthen an den Malermeister D. in Kattowiß einen Scheinebrief geschrieben, in welchem er den christlichen Kollegen Koster bei seinem Arbeitgeber denunziert. Er verlangt sogar von dem Meister, daß er dem christlichen Kollegen die Agitation für seine Organisation verbieten solle. Wie würde die gesamte Genossenschaft jetzt und heulmeiern, wenn ein Arbeitgeber schon aus sich heraus ein solches Verbot erlassen würde, wo Genossen beschäftigt und agitatorisch für ihre Sache tätig sind? Sie schlage Purzelbäume vor Entrüstung über die Bedrohung des „freien“ Koalitionsrechtes. Aber jetzt, wo ein „Genosse“ und „Gewerkschaftsbeamter“ einen Arbeitgeber direkt dazu auffordert, weiß sie nichts von „Arbeiterverrat“, „Raub des Koalitionsrechtes“, „Denunziationen“ und dergl. zu berichten; sie schweigt in lieben Sprachen. Freilich, dieser eble „Mitgenosse“ und „Auch-Arbeiter, Führer“ hats ja nur auf die Veritlung der Christen abgesehen. Dittmann offert in dem Brief dem Meister seinen Freund als Geschäftsführer. Er ist überzeugt, daß dieser in der Stellung sehr bald den verhassten christlich organisierten den Garaus machen würde, getreu dem „frei“gewerkschaftlichen Wahspruch: „Entweder rot oder kein Brot!“

Der Metallarbeiterzeitung aber, die doch augenblicklich gerade wieder die historisch-materialistisch-sozialistischen Dogmen durch dick und dünn verteidigt, steht die Entrüstung über die von ihr konstruierten christlichen Mißfakten besonders dröwlig zu Gesicht. Die Menschen von heute sind doch noch der von ihr vertretene sozialistischen „Weltanschauung“ eben das Produkt der wirtschaftlichen Verhältnisse. Mit ihrer Entrüstung aber gibt sie zu erkennen, daß sie die sozialistischen Dogmen als Humbug erkannt und in n e r l i c h auch schon überwunden hat. Ja, ja; es ist nicht so leicht in klüglichen Situationen sein „Sein“ hinter dem vorgeführten „Schein“ zu verdecken. Verständlich ist es aber immerhin, daß auch die Metallarbeiterzeitung am „Kulturideal“ Sozialismus irr geworden ist. Wofür sie es doch zu ihrem Leidwesen schon oft erfahren, daß sogar ein großer Teil der ersten Träger des sozialistischen Kulturideals Laten ausbede und vollführte, die man eigentlich nur vom Wschraum und Auswurf der „verlotterten“ bürgerlichen Gesellschaft allenfalls erwarten konnte. Lie da herufen schienen, als starke Säulen den roten Zukunftshimmel von Anno dermaleinst zu tragen und zu stützen, sie wurden zu Denunzianten, sie unterschlugen Arbeitergroßen zu Haufen, betrogen selbst ihre intimsten Freunde und Mitgenossen um ihr Familienglück und — liegen nun beim Auswurf und den übrigen „Geborbenen“ abseits. Die Metallarbeiterzeitung aber in ihrem Schmerz ist auf dem Müllhaufen der Menschheitsgeschichte und bemüht sich pietätvoll das Unterste nach oben zu kramen und so „ihre Toten“ zu begraben. Sie hat eben ein Lebensinteresse daran, den schönen Illusionsglauben ihrer Nachläufer nicht durch den Anblick der schaurig-traurigen Wirklichkeit zu gefährden. Ob's helfen wird? Wir glauben nicht, denn die Wahrheit hat schließlich noch allemal siegt.

**Osnabrück.** Sie haben viel geredet und geschrieen — aber die Wahrheit haben sie greulich mißhandelt. — Nachdem nun allem Anscheine nach den Herren „aus dem Büro des deutschen Metallarbeiterverbandes“, Verwaltungsstelle Osnabrück, Bunge und Tinte eingesetzt sind, kann eine allgemeine Uebersicht über den Verlauf der Auseinandersetzungen zwischen dem „roten“ und dem christlichen Metallarbeiterverbande stattfinden. Der sozialdemokratische „Volksbote“, das saturnalische „Publikationsorgan“ der Osnabrücker Verwaltungsstelle des „freien“ Metallarbeiterverbandes tritt in Nr. 235, 247, 251, 254, 284 in besonderen Artikeln, außerdem noch in einigen kleineren Einschüchtelungen, und die rote „Metallarbeiterzeitung“ in Nr. 45 und 47 — in letzterer Nummer sogar in zwei Artikeln — zur Attacke gegen die „Christen“. Die Attacke aber verfehlte ihr Ziel ganz jämmerlich; die roten Reiter flogen in den Sand und klagen nun darüber, daß die „Christlichen“ das Feld behauptet haben.

Durch die wilde Hege seitens der roten Agitatoren und die Presse wurde und weicher Stoff geboten der Allgemeinheit zu geben, weß Geistes Kind der sog. „deutsche“ Metallarbeiterverband ist. Bunkst, wer hat den gegenwärtigen Kampf begonnen? Das waren die Genossen. Am 1. Aug. d. J. übernahm Kollege Jopp die Verwaltung unserer Osnabrücker Gruppe. Die Parole der Genossen lautete damals: „Stille Gegenagitation überall da, wo J. sich zeigt, derselbe darf keine Erfolge haben.“

Als nun jedoch die Tätigkeit unseres Beamten trotz intensiver Gegenarbeit von großem Erfolge war, da wurde im Laufe von O. in G.M.G. abends nach einer Betriebsversammlung von einigen Genossen der Entschluß gefaßt, die am folgenden Tage in Kl. Desebe von J. einberufene Versammlung zu stören. Es hielten dabei die bezeichnenden Worte: „Wir wollen dem aber morgen die Versammlung einfallen lassen.“ Zu diesem löblichen Zwecke erschienen neben einer Anzahl Genossen einige „Rebner“ sozialdemokratischer Couleur, darunter auch der Beamte vom sozialdemokratischen „deutschen“ Metallarbeiterverband, Groß. Dieser erhielt völlige Befreiheit; erreichte seinen Zweck jedoch nicht. Zu der Versammlung bedankte sich J. bei Groß öffentlich für die geleistete Agitationshilfe und bat ihn, auch für die Zukunft nur frisch und frei christliche Versammlungen „einzufassen“.

Dies wurde nun auch versucht. Groß erschien noch 2 mal und Thielemann auch 2 mal auf angeführten Versammlungen; 1 mal erschien auch ein roter Beamter aus Hannover. Als alles nicht mehr helfen wollte, da bezungierte man führende Kollegen von uns bei einer Werkleitung; dieser Verrat war nichts weiter als die Empfehlung der Maßregelung christlicher Kollegen. Auch ging man dazu über, von selten der roten Zeitung die evangelischen Arbeiter gegen die katolischen zu hetzen und politische Leidenschaften zu entfesseln, um die christliche Gewerkschaftsbewegung zu schädigen. — Alles umsonst!

Trotzdem also die Genossen selbst den Kampf begannen und scharf durchführten, verlangen sie, daß wir schweigen sollten, wann und wo es ihnen gefällt. Wenn die Herren Genossen ehrlich den Frieden wollten, so dürften sie ihn selbst nicht erst brechen. Bezüglich der Stahlwerksbewegung sei gesagt, daß der christliche Metallarbeiterverband alles getan hat, was notwendig war, den Riß, der durch das Organisationsleben ging, nicht auf die Stahlwerksbewegung zu übertragen. Anders taten es die Genossen. In öffentlicher Stahlwerkerbeirversammlung erklärte Kollege Jopp: „Wenngleich und christlich organisierte Arbeiter auch prinzipielle Gründe von den anders organisierten Arbeitern scheiden, so vertreten wir doch auf rein wirtschaftlichem Gebiete die gleichen Interessen. Für diese gemeinsamen Interessen treten wir mit aller Kraft und mit allen rechtlichen Mitteln ein.“ In einer späteren Versammlung erklärte er ebenfalls, daß, falls es zum Kampfe kommen sollte, die christlich organisierten Kollegen volle Solidarität üben würden.

Diese Solidarität wurde aber von den Genossen unserm Verbande gegenüber nicht geübt. Trotz feststehender Abmachungen hielten sie uns gegenüber ihr Versprechen nicht. Dies geht klar hervor aus folgendem Briefwechsel den die Genossen selbst veröffentlichten. Am 25. Sept. schrieb Kollege Jopp dem Geschäftsführer des deutschen Metallarbeiterverbandes folgenden Brief:

„Unter Bezugnahme auf frühere mündliche Abmachungen erbitte ich mir Mitteilung über die eventuelle von Ihnen geplanten taktischen Maßnahmen, welche das Streikwerk betrifft. Nach Rücksprache mit unsern Kollegen schlage ich Ihnen vor, eine gemeinsame Versammlung am 22. Oktober d. J., dem Sonntag nach der nächsten vollen Lohnzahlung, anberaumen zu wollen. Bis dahin dürfte der Firma genügend Zeit gegeben sein zur Durchführung der geplanten Reformen.“

Darauf erhielt Kollege J. als Antwort folgenden Brief: „Es wird Ihnen bekannt sein, daß wir schon in einer Mitgliederversammlung zur Stahlwerksbewegung Stellung genommen haben. Eine Einladung zur Vorbereitung der Angelegenheit wäre Ihnen heute auch ohne Ihre Anfrage zugegangen. Kommen Sie also am Donnerstag, den 28. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, nach unserm Bureau, dort werden wir die Angelegenheit erledigen. ... Der von Ihnen vorgeschlagene Termin kann ernstlich nicht in Frage kommen, da der 22. Oktober schon der zweite Sonntag nach der Lösung ist.“

Man vergleiche einmal die beiden Schreiben. Auf eine höfliche Anfrage eine brisante Antwort, sodann bittet J. um Mitteilung ev. geplanter taktischer Maßnahmen, darauf folgt die Antwort: Wir haben schon unter uns Stellung zur Stahlwerksbewegung genommen in einer Mitgliederversammlung. Der deutsche Metallarbeiterverband ist in dieser Beziehung also keine eigenen Wege gegangen. Kann er sich da beschweren, wenn der christliche Metallarbeiterverband nachher sich nicht von ihm nachführen ließe?

Wenn die Genossen „unehrliche Bundesgenossen“ suchen, dann mügen sie nur Umschau halten in den eigenen Reihen. Sie werden deren dort genügend finden können. Die einseitige Arbeiterchaft Osnabrücks hat das unehrliche Treiben der Genossen durchschaut, sie fällt nicht mehr auf die rote Verlogenheit herein.

„Psychologische Rätsel“ ist es nach Hebel's Anspruch in der sozialdemokratischen Partei geben — in Osnabrück gibt's deren auch in den roten Gewerkschaften, das beweist folgender Vorfall: Der christlich organisierte Kollege J. hatte besprochen, Kollege Thielemann, Geschäftsführer des „deutschen“ Metallarbeiterverbandes, habe nach einer Bräutigamsversammlung gesagt: „Kollegen, darüber sind wir uns einig, daß wir auf das Geschwätz der Pfaffen nicht eingehen; was kann uns da noch zurückhalten, in den sozialdemokratischen Häufigkeiten einzutreten.“

Thielemann konstruiert daraus „in einer Vertrauensmännerversammlung“. Statt J. wegen der wirklich gemachten Versicherungen zu belangen, geht Th. hin und bringt den Wortlaut stummgemäß entstellend zur Anzeige. Als nun J. die Verantwortung für diese entstellte Behauptung ablehnt, geht Th. hin und schreibt im „Volksboten“, J. habe be- und wehmütig Abbitte geleistet. Hatte J. aber wirklich Unrecht mit der von ihm aufgestellten Behauptung gehabt, dann hätte er auch de- und wehmütig die Kosten tragen müssen. Die aber jagte Thielemann be- und wehmütig selbst. Was sagen denn die Metallgenossen dazu?

Mehriger gehängt werden soll an dieser Stelle auch noch die Haltung der Genossen anläßlich der Versammlung bei Wennemann. Der Vorlesende, ein Genosse, gestattete den Genossen alle möglichen Flegelereien. Er ließ die Bügel schleifen und die Massen glugen durch; ohne Schutz ließ er die wenigen christlich organisierten Arbeiter; ohne Abgabe gestattete er ganz gemeine Beschimpfungen des christlichen Beamten Jopp, „Schuft“, „Lump“, „Berräter“, „Feigling“ und andere „Nosenamen“ durch die Genossen ihm ungehindert an den Kopf werfen. Diese Noheiten müssen wohl auf das Konto der roten „Erlösungsarbeit“ gebucht werden. Uns hält das jedoch nicht ab, unsere Ideen weiter zu propagieren. In vier Monaten haben wir unsern Mitgliederbestand verdoppelt. Das ist der Grund der roten Schmerzen. Darum auch wo's uns Gebelfer! — Wir aber arbeiten weiter!

**Literarisches.**

Buchrucker-Tarif und ökonomisches Interesse stellt eine 4seitige Schrift gegenüber, die soeben im christlichen Gewerkschaftsverlag, Köln, Eintrachtstraße 147, (Preis 50 Pf.) erschienen ist. In der Schrift wird ausgeführt, daß der Verband deutscher Buchrucker in den letzten Jahren sich immer mehr im sozialdemokratischen Sinne betätigt und sich heute in seinem Wesen um einen Schatten mehr von den übrigen sozialdemokratischen Verbänden unterscheidet. Die Tarifinstitutionen mißbrucht der Verband deutscher Buchrucker für seine einseitigen, egoistischen Interessen. Namentlich hat sich dieser Verband nicht geschämt, die ohne Ausnahme von ihm besetzten Tarifinstitutionen erbarmungslos gegen die nicht in seinen Reihen stehenden christlich-nationalen Buchruckergehilfen zu kehren, ungeachtet deren unbedingter Tariftreue. Unter diesen korrupten und unheimlichen Umständen mußte es ganz selbstverständlich dazu kommen, daß die im Verband der deutschen Buchrucker organisierte Gewerkschaft schließlich in der Tarifgemeinschaft nur mehr eine Institution steht zur Förderung ihrer einseitigen Interessen. Das Gewerkschaftsinteresse wird zur Nebensache, vom Allgemeininteresse ganz zu schweigen.

Diese Entwidlung, die offenbar den Arbeitgebern des Buchruckerhandels über den Kopf wächst, ist unheilvoll, namentlich aus zweierlei Gründen. Einmal, weil sie einseitigen Bemühens nach sozialistischen Grundfragen die Tarifpolitik zur ausschließlichen Machtpolitik und damit aus einem Instrument des gewerkschaftlichen Friedens eine Waffe für den Klassenkampf macht. Dann aber im Hinblick auf die außerordentlich wichtige Stellung des Buchruckerhandels im öffentlichen Leben. Jede Behörde, jeder Privatmann ist interessiert an einem korrekt arbeitenden und vertrauenswürdigem Arbeiterpersonal. Nun ist es aber schon mehr als einmal vorgekommen, daß Flugblätter eher in den Händen der sozialdemokratischen Agitatoren waren, als in den Händen ihrer Auftraggeber. In Deutschland, wo der sozialdemokratische Verband Alleinherrscher ist, ist es schon so weit gekommen, daß die Gezer sich vergewaltigen, Notizen zu setzen, die Angriffe auf sozialdemokratische Kandidaten enthielten.

Für die christliche Arbeiterchaft gibt es demgegenüber nur eins: Kampf gegen diese Auswüchse im Buchruckerhandels. Aber auch die breitesten Öffentlichkeit ist an der Beteiligung der oben bezeichneten Mißstände im Buchruckerhandels stark interessiert. Die christliche Arbeiterchaft hat also bei diesem Kampfe Anspruch auf die weitgehendste Unterstützung durch die Allgemeinheit. Mögen deshalb unsere Kollegen für die weiteste Verbreitung dieser Broschüre, besonders auch in den Kreisen der Interessenten aus anderen Berufskreisen, Sorge tragen.

**Geldgänge bei der Hauptkasse.**

Monat November.

- Leubitz 27,27. Stuttgart 725,10. Schwabach 273,98. Triebberg 304,80. Jüngerzdorf 316,87. Bisingen 288,28. Zweibrücken 35,17. Pforzheim 1250,03. Galtner 50,—. Konstantz 146,96. Werthof 7,54. Schwenningen 18,15. Bonn 40,57. Furtwangen 29,58. Rempten 34,90. Karlsruhe 287,57. Juba 212,60. Alme 232,61. Rheine 406,99. Hannover 250,—. Ebing 1,20. Oberhausen 156,70. Straßburg 56,70. Bodenwöhr 230,38. Stuttgart 100,—. Hamm 800,—. Al-Steinheim 46,79. Görlitz 49,18. Theresienhöhe 35,01. Falken 271,92. Oler 100,—. Landau 111,10. Bergen 118,25. Eplingen 18,81. Solingen 1245,52. Hlensburg 400,—. Katowitz 116,14. Bremen 204,50. Barmer 500,—. Siegen 1567,15. Wasseralfingen 1094,37. Ulm 120,—. München 1172,86. Niederreiffenberg 160,—. Laiburg 1000. Glastal 11,35. Gagen 339,65. Metzenberg 79,30. Hünningen 25. Öppingen 100. Tenzig 750. Freiburg 100. Schramberg 100. Erlangen 36,55. Schweinfurt 205,37. Elpe 300. Ingolstadt 20. Hamm 1000. Barmer 1000. Tessa 155,64. Stuttgart 130. Köln 8905,48. Düren 299,20. Tuisburg 300. Ebing 450. Worms 100. Caarbrücken 814,35. Lauterbach 110,61. Reiferhammer 83,20. Verbach 26,58. Mannheim 350. Effen 3000. Pforzheim 69,41. Stettin 200. Bochum 600. Aachen 1600.

**Sterbetafel.**

- Aachen.** Am 30. November starb unser langjähriger und treuer Kollege Michael Döhmer an den Folgen eines Augenleidens im Alter von 61 Jahren.
- Hlensburg.** Am 27. November starb unser Kollege Christian Damm im Alter von 48 Jahren an Lungentrantheit.
- Hagen-Alstadt.** Am 30. November starb unser Kollege Heinrich Knop, Dreher, im Alter von 38 Jahren an Lungentzündung.

**Mülheim a. Rhein.** Am 28. November starb unser treuer Kollege und langjähriges Mitglied, der Schlosser Peter Nikolaus im Alter von 65 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

**Versammlungs-Kalender.**

Kollegen und Kolleginnen! Verkümt ohne richtigen Grund keine Versammlung!

- Samstag, den 9. Dezember.**
- Altenbrde. Abends 8.30 Uhr bei G. Zeeler, am Brink.
- Angedburg. Abends 8 Uhr in der Schützenhalle, Wintergasse.
- Berlin-Norden. Abends 8.30 Uhr bei Eble, Puffenstr. 4-5.
- Dortmund-Nauen. Abends 8.30 Uhr bei Langmann, Bismarckstraße.
- Dortmund-Nordfeld. Abends 8 Uhr bei Sturm.
- Düsseldorf-Alstadt. Abends 8 Uhr bei Bender, Andreasstraße.
- Düsseldorf-Verenndorf. Abends 9 Uhr im Kolpinghaus, Blücherstraße 4-6. Bezirksversammlung.
- Düsseldorf-Werften. Abends 9 Uhr bei Gohlfansen, Eilenerlandstraße 200. Bezirksversammlung.
- Düsseldorf-Goltshausen. Abends 9 Uhr bei Hubert Blau, Düsseldorfvorstraße 282. Bezirksversammlung.
- Erlenichwick. Abends 7 Uhr bei Knapp.
- Effen, Dürl- und Wagensmiede. Abends 9 Uhr bei Köhler.
- Effen. Abends 8.30 Uhr im Parkhaus, Agitationsoberversammlung.
- Effen, Knuff und Waukloffer. Abends 8.30 Uhr bei Wittrock, GutsMuthstraße 21. Agitationsoberversammlung.
- Gelsenkirchen-Neustadt. Abends 8 Uhr bei Masius.
- Gilulafeld. Abends 8 Uhr bei Dahrendorf.
- Hagen-Altenhagen. Abends 8.30 Uhr Generalversammlung bei Eichenhaus, Neuwahl des Vorstandes.
- Hagen-Boelc. Abends 8.30 Uhr bei Schürmann, Generalversammlung.
- Karlruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmgarten mit Vortrag.
- Köln-Denz. Abends 9 Uhr „Für Krone“, Freiheitstr.
- Köln-Sumboldt-Kolonie. Abends 9 Uhr bei Kuch, Matfir.
- München. Abends 8 Uhr im Galtshaus „Leopoldstadt“, Genselstraße.
- München. Abends 8.30 Uhr Vorstand- und Vertrauensmännerkung im Gedenkhof, Tafelhofstr. 7.
- Stuttgart-Zuffenhausen. Abends 8.30 Uhr in der Traube.
- Tuisbeide. Bezirksversammlung.

**Sonntag, den 10. Dezember.**

- Dortmund-Nauen. Vorm. 11 Uhr bei Wilmann.
- Dortmund-Narob. Vorm. 11 Uhr bei Wm. Schüttler.
- Dortmund-Werne. Nachm. 5 Uhr bei Tellenberg.
- Dortmund (Augenblicke). Nachm. 8 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus, Weierbleichstr. 62 1/2.
- Düsseldorf-Alberich. Vorm. 11 Uhr bei Detmes-Pfeer, Bezirksversammlung.
- Düsseldorf-Elber. Vorm. 11 Uhr bei Gansvelt, Gumbertstraße 120. Bezirksversammlung.
- Düsseldorf-Herdt. Vorm. 11 Uhr bei Karl Bösen, Grefelbergstr. 81. Bezirksversammlung.
- Düsseldorf-Hilden. Vorm. 11 Uhr bei Leuchterberg, Kaiser Wilhelmstraße. Bezirksversammlung.
- Düsseldorf-Oberkassel. Vorm. 11 Uhr bei Wossen, Duesenallee 50. Bezirksversammlung.
- Effen-Altenhagen. Vorm. 11 Uhr bei Schmidt (zum Parlament).
- Effen-Altendorf. Abends 7 Uhr bei Wint, Altendorferstr. 209.
- Effen-Carnap. Nachm. 4 Uhr bei Poppe, Vortrag: „Sozialdemokratie und Arbeiterchaft“.
- Effen-Guttrop. Abends 8 Uhr bei Stadtr. Steelerstraße.
- Effen-Jugendflotte (Altendorf, Berge-Vorfeld und Vorfeld). Nachmittags 5 Uhr bei Wint, Altendorferstr. 209.
- Effen-Nordost. Abends 7 Uhr bei Winterhoff, Stoppenerbergstr.
- Effen-Secrodt. Abends 7 Uhr bei Vangenberg, Freyhaldstr.
- Effen-Werden. Vorm. 11 Uhr bei Patberg.
- Gelsenkirchen-Schalke. Vorm. 11 Uhr bei Wegener.
- Hagen-Alstadt. Vorm. 11 Uhr bei Gieshoff.
- Halle a. S. Nachm. 3 Uhr bei Schott, Merseburgerstr. 9. Referent Kollege Reichert. Wähler mitbringen.
- Karlruhe-Darlanden. Nachm. 3 Uhr im Gild mit Vortrag.
- Köln-Christfeld. Vorm. 11 Uhr bei Norddörfer, Weierbleichstraße.
- Köln-Kalk. Vorm. 11 Uhr bei Hönigberg, Breuerstr.
- Lüdenscheid. Nachm. 2.30 Uhr Parteiverammlung.
- Mainz. Nachm. 5 Uhr bei Weibel, Karmelitenstr. 12. Ref. Kollege Schlett.
- Mülheim-Nerheim 6. Ref. Vorm. 11 Uhr bei Schumacher.
- Mülheim a. Rhein. Nachm. 8 Uhr allgemeine Jugendversammlung mit Vortrag bei Rehbolt, Regentenstr. 9. Alle Sektionen müssen teilnehmen.
- Nechim. Nachm. 2 Uhr Bezirksversammlung bei Webe, Totenberg.
- Nechim-Völken. Nachm. 3.30 Uhr bei Schulte.
- Oler. Abends 8.30 Uhr bei G. Bod.
- Stettin. Nachm. 3 Uhr bei Jelle, Neue Straße 2.
- Stranburg. Vorm. 11 Uhr im Müchengener Hof. Mitgliederbücher mitbringen.
- Tuisdorf. Vorm. 10.30 Uhr, zur Sonne in Oberlaar.

**Freitag, den 12. Dezember.**

- Nechim. Abends 8.30 Uhr bei W. Mahe, Marlenstr. 1.
- Karlruhe-Göttingen. Abends 7.30 Uhr bei Wildmann. Vortrag des Koll. Schwan.

**Freitag, den 15. Dezember.**

- Oberhausen. Abends 8.15 Uhr im Arbeiterheim, Nordstr. 2, im alle Müllkieber.
- Schramberg-Jugendliche. Abends 8 Uhr im Lokal zum „Bären“.

**Sonntag, den 16. Dezember.**

- Dortmund 1. Abends 9 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus.
- Düsseldorf-Benrath. Abends 9 Uhr bei Lampenheuf, Mittelstraße. Bezirksversammlung.
- Düsseldorf-Neuk. Abends 9 Uhr bei Floh, Niederstraße, Bezirksversammlung.
- Düsseldorf-Wilf-Friedrichstadt. Abends 9 Uhr bei Mengwasser Bitteralle Gde Kronenstr., Bezirksversammlung.
- Düsseldorf-Ratingen. Abends 9 Uhr bei Paul, Bahnstraße.
- Giesnach. Abends 8.30 Uhr im Weimarischen Hof, Wörthstr.
- Hagen-Gilbe. Abends 8.30 Uhr bei Keller.
- Hagen-Boelcheide. Abends 8.30 Uhr bei Hennemann.
- Köln-Stadt. Abends 9 Uhr im Alsterfeld, Breitestraße.
- Köln-Sülz. Abends 9 Uhr bei Merker, Berrenrathstraße.
- Milbpe. Abends 8.30 Uhr bei Ed. Rosenbach, Wörthstr.
- Nechim. Abends 8.30 Uhr Bezirksversammlung bei Vinhold, Hauptstr. Stuttgart.
- Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im römischen König.
- Stuttgart-Cannstatt. Abends 8.30 Uhr im Lokale „Alter Gase“.

**Sonntag, den 17. Dezember.**

- Duisburg. Vorm. 10 Uhr bei Schenkel (am Markentor) Rednerkongress. Referent Bezirksleiter Schmidt aus Köln.
- Duisburg. Nachm. 5 Uhr mit Frauen im Lokale Giesgen, Wandenerstraße.
- Dvg-Kaar. Nachm. 2.30 Uhr bei Jansen, Kaiserstr. Generalversammlung. Jahresbericht und Vorstandswahl.
- Düsseldorf-Grfrah. Vorm. 11 Uhr bei Schlichtig, Kreuzstraße. Bezirksversammlung.
- Düsseldorf-Glinacyn. Vorm. 11 Uhr bei Schmalbach, Birken-Gde Wälderstraße, Bezirksversammlung.
- Düsseldorf-Gerresheim. Vorm. 11 Uhr im „Roten Gahn“, bei Creimann, Gröblingenstr. Referent Kollege Graf.
- Düsseldorf-Oberbil. Vorm. 11 Uhr bei Jüder, Am Markt, Kölnvorstraße, Bezirksversammlung.
- Düsseldorf-Rath. Vorm. 11 Uhr bei Joh. Schulten, Münsterstraße, Bezirksversammlung.
- Hagen-Jugendliche. Nachm. 2 Uhr bei Gieshoff für sämtliche Sektionen. Wichtiger Vortrag.
- Hagen-Wehringhausen. Vorm. 11 Uhr bei Simon.
- Ingolstadt. Vorm. 10 Uhr im kath. Vereinshaus. Mitgliederbücher mitbringen.
- Köln-Voll. Vorm. 11 Uhr bei Fehnder, Hauptstraße 28.
- Mülheim-Buchheim. Nachm. 5 Uhr bei Busch.
- Mülheim-Deilbech. Abends 8 Uhr im Versammlungslokal.
- Mülheim-Dolweide. Vorm. 11 Uhr Jugendversammlung bei Gölz.
- Nechim. Abends 8 Uhr Bezirksversammlung bei Boh, Grabenstr.
- Rath-Scumar. Abends 9 Uhr bei Krein.